

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dietrichsdorf 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeite oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt 1. Nr. 1508.

Donnerstag, den 14. August 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt 1. Nr. 5121.

Der einseitige Konsumentenstandpunkt.

Die Geschmacksrichtungen sind verschieden. Während Herr
Wassermann und mit ihm noch manch anderer der national-
liberalen Hecken wenig Lust verspürt, sich in den kommenden Wahl-
kampf zu stürzen und die nationalliberale Presse keine größere Sorge
hat, als daß die nächsten Reichstagswahlen nicht unter dem Zeichen
der Zollpolitischen Fragen ausgefochten werden möchten, hat Herr
Müller bekanntlich jüngst in der Zolltarif-Kommission erklärt, wenn
er nicht preussischer Minister wäre, so wollte er ein — national-
liberaler Reichstagskandidat sein! Könnte es nun noch den Anschein
haben, als sei es die von berufener Seite anerkannte Schwierigkeit
der Aufgabe, die den preussischen Handelsminister lockte, so steigert
sich sein bedingungsweises Verlangen geradezu zur politischen
Pervertität durch den Zusatz, ein industrieller Wahlkreis sei
der Zielpunkt der ministeriellen Kandidatenträume. Wenn anders
nicht Herr Müller der tödliche Gedankenvorbehalt zugemutet werden
soll, er wünsche in einem industriellen Wahlkreise Saaraubiens gewählt
zu werden, so spricht sich in einem seltsamen Verlangen eine so
ungeheuerliche Verkennung der politischen Verhältnisse ab, daß es
sich wohl verlohnt, sich nachträglich noch in die Irregänge dieser
ministeriellen Logik ein wenig zu verlieren.

Herr Müller traut es nämlich seiner Beredsamkeit zu, den
Arbeitern einreden zu können, ihre Interessen würden durch die
ablehnende Haltung geschädigt, welche die Socialdemokraten in der
Zolltarifkommission sowohl dem ganzen Tarifentwurf wie seinen
einzelnen Positionen gegenüber bisher eingenommen haben und
selbstverständlich auch weiterhin einnehmen werden. Die Arbeiter sind
nämlich seiner Ueberzeugung nach an der Blüte der industriellen
Unternehmungen interessiert und diese Blüte soll wiederum nur
unter dem schützenden Glasdache des Hochschutzzolles gedeihen
können. Er lehnt den „einseitigen Konsumentenstandpunkt“ ab,
in dem die Socialdemokratie angeblich befangen sein soll und ver-
tritt — wie es für einen Großindustriellen einer gut geschützten
Industrie allerdings begreiflich ist — den alleinseligmachenden ein-
seitigen Produzentenstandpunkt. Und sein Kollege in der Vertretung
des Centralverbandes der Industriellen, Graf Posadowsky,
that sich viel zu gute auf die Entdeckung, daß der „einseitige
Konsumentenstandpunkt“, den die Socialdemokratie angeblich
praktisch vertritt, theoretisch in ihrer Literatur keineswegs gut-
geheißen werde.

Diese Komödie der Ferklingen erreicht ihren Höhepunkt durch die
Vorwürfe, die der Freistimm, der berufene Vertreter des Freihandels,
gegen die Socialdemokraten und ihre ständig wiederkehrenden An-
träge auf Zollfreiheit erhebt, während noch vor kurzem die freistimmige
Presse unter Verufung auf Schippel die Socialdemokratie als
„Schutzzöllnerisch“ verächtlich hatte. Für sie war es damals trotz der
berühmten Prüßler Rede von Karl Rarg, trotz der bekannten
Verhandlungen des Stuttgarter Parteitags, trotz zahlloser Reden
und Leitartikel, die das strikte Gegenteil ihrer Meinung bezeugen,
eine Grundwahrheit, daß die Socialdemokratie principiell auf
dem Standpunkt des Freihandels stehe.

Nun ist in Wirklichkeit der Freihandel niemals für jemand
andern ein Princip gewesen als für den Freistimm, und auch für
ihn gehörte er zu jenen wahrhaft liberalen Principien, von
denen der Dichter sagt: „Sie geben Haltung, hält man sie,
und — lassen sich ignorieren!“ Für die Socialdemokratie ist die
Entscheidung zwischen Schutz Zoll und Freihandel immer eine Frage
der Zweckmäßigkeit gewesen, und niemals hat sie verkannt, daß in
manchen Ländern und unter manchen Umständen die Erhaltung oder
Schaffung von handelspolitischen Abwehrmaßnahmen eine Notwendig-
keit werden könnte.

Bei dem vorliegenden Entwurf eines neuen Zolltarifs hat nun
die Regierung, haben Zeit und Umstände der Socialdemokratie die
Entscheidung dieser Zweckmäßigkeitsfrage wahrhaftig nicht schwer
gemacht. Denn auf der einen Seite enthält der Tarifentwurf
agrarisches Zollforderungen, die der Socialdemokratie einen zum
äußersten gespannten Widerstand zur Pflicht machen, andererseits
besteht er aus industriellen Schutz Zollforderungen, die nichts
andres sind als der Preis, den die agrarischen
Abgeordneten ihren Kollegen von der Industrie
für die bedingungslose Erfüllung ihrer Wünsche
zu zahlen gewillt sind. Die Agrarier haben wahrhaftig
kein Interesse daran, ihren Klienten ihre Dungsstoffe, ihre Gerä-
tschaften, ihre Kleider, ihre Baumaterialien, ja selbst ihr — agrarisches
Leibblatt durch eine hundertfache Kette von Schutzzöllen zu ver-
teuern. Sie müssen der großen Masse reichlich nehmen,
um den junkerlichen Getreide-Großproduzenten ihre Getreide-
zölle verschaffen zu können. Noch viel schlimmer aber stellt
sich dieses Mißverhältnis für die industrielle Arbeiterschaft.
Selbst wenn — was, wie wir gleich sehen werden, durchaus falsch
ist — der neue Zolltarif Teilen von ihr durch künstliche Auf-
pöppelung einzelner Industriezweige Vorteile verschaffen würde, so
würden diese Sondervorteile doch doppelt, dreifach und zehnfach
aufgewogen werden durch die allgemeine Verteuerung der Nahrungs-
mittel, durch die sie erkauft werden müßten.

Von den Erzeugnissen der Industrie dient nun wieder nur ein
Teil dem unmittelbaren persönlichen Verbrauche, so daß ihre
Konsumtion nicht gleich wieder die Einleitung zu einem neuen
Produktionsprozesse wird. Hier tritt der fagenhafte „reine Kon-
sument“ in unmittelbarer Erscheinung. Gerade hier aber, wo es sich
vornehmlich um die Bedürfnisse der Bekleidung handelt, sind
die Konsumenten eine zersprengte unorganisierte und den „Produzenten“
wehlos preisgegebene Masse, die „einseitige“ Vertretung ihres
Standpunktes wird schon durch ihre wirtschaftliche Hilflosigkeit gerech-
fertigt.

In den meisten Fällen aber handelt es sich um Industrie-
produkte, denen gegenüber die Vertretung des einseitigen Kon-
sumentenstandpunktes schon deshalb unmöglich ist, weil der Konsument,
der sie verbraucht, sie direkt zu Zwecken der Produktion benötigt.
Der Drucker braucht Papier, der Weber Garne, die Kleinseifenindustrie
braucht die Produkte der Montanwerke. Heißt es nun, den „ein-
seitigen Konsumentenstandpunkt“ vertreten, wenn man die Vertenerung
eines neuen Produktionsprozesses verhindern will? Die Leidenschaft-
lichkeit der Interessentkämpfe, die im Schoße der Zollkommission von
Produzenten gegen Produzenten geführt worden sind, steht noch in
aller lebendigster Erinnerung.

Handelspolitische Abwehrmaßnahmen gegen eine Konkurrenz des
Auslandes, die der sogenannten „guten“ kaufmännischen Sitte
widersprechen, d. h. gegen eine Konkurrenz, deren Ausbeutermanier
und Schwindelpraxis das herkömmliche Maß übersteigt, haben von
vornherein die Gerechtigkeit für sich. Jene Schutz Zoll-Politik aber,
wie sie von der Regierung des Centralverbandes beliebt wird, stellt
schon von vornherein das Problem so, daß es
gerecht und unparteiisch gar nicht gelöst werden
kann. Wo jeder seinen Rentenanteil beansprucht und
bekommen soll, geht jeder objektive Maßstab verloren und
der schamloseste Zollkorruption wird Thür und Thor ge-
öffnet. Hat doch Herr Müller selbst, scheinbar nicht ganz ohne Bos-
heit, darauf hingewiesen, daß in der Zollkommission bei jedem zu
beratenden Abschnitt des Gesetzes neue Gefächter erscheinen, deren
Bestiger — Interessenten jener Branche sind, um die es sich in dem
betreffenden Tarifabschnitte handelt. Und ist doch auch über den
Grafen Posadowsky, den berühmten praktischen und theoretischen
Vertreter des „einseitigen Konsumentenstandpunktes“, jüngst
bei der Beratung der Maschinenzölle jähling die Erleuchtung
gekommen, daß auch die Interessen der Konsumenten nicht
vergessen werden dürfen. Beweis genug, daß von einer un-
parteiischen Beurteilung der handelspolitischen Fragen gar nicht die
Rede sein kann, sondern daß es sich um ein Spiel handelt, in das
die Vertreter der Arbeiterschaft nicht ohne Gefahr ihre reinlichkeits-
getriebenen Hände mischen dürfen.

Wismar hat einst gesagt, ein Handelsvertrag sei immer ein
Ding, bei dem man fragen müsse, wer dabei der Betrogene sei. Auch
bei den Zollpolitischen Schachergeschäften der bürgerlichen Interessenten
kann es an Betroffenen nicht fehlen. Glücklicherweise werden die
deutschen Arbeiter zu diesen bedauernswerten Verlierern nicht zu
zählen sein. Sie haben in der Partei keinen Einsatz, weil
sie wissen, daß schließlich nur ein paar sehr große Herren die Ge-
winner sind.

Herr Müller hatte es drinn leicht, mit seinem fleischlichen
Wahlheidentum zu parodieren. Ja, wenn er nicht Minister
wäre...! Als einseitiger Konsument von Ministergehältern kann
er es nämlich unversucht lassen, die Arbeiterschaft zum Produzenten-
standpunkt des Schachermacherverbandes zu bekehren und allen
Arbeitern für ihre Branche das Blaue vom Himmel hinunter zu
versprechen. Den berühmten Mann, „der das Wenn und das Aber
erträgt“, mag darum Herr Müller als seinen besonderen Schutz-
heiligen verehren.

Das Wahlverfahren
bei den preussischen Landtagswahlen.

I.
Unser Hinweis auf das Fiasko der preussischen Wahltechnik in-
folge einer regen Beteiligung der Socialdemokratie an den Landtags-
wahlen findet bei den verschiedenen bürgerlichen Parteien natur-
gemäß eine sehr verschiedene Beurteilung. Die Konservativen suchen
in schneidiger Weise über eine eingehende Würdigung hinweg-
zukommen, wenn auch mit Hilfe durchsichtigster Schwindeleien. So
schreibt die „Kreuz-Zeitung“ am 9. August:

„Auch jetzt schon hat die Socialdemokratie, wenn auch meist
nur als Hilfsgruppe des Freistimm, sich an den preussischen Land-
tagswahlen beteiligt und würde sicher schon früher jene Ver-
hinderungsmanöver ausgeführt haben, wenn sie Erfolg versprochen
hätten. Wären sie bei den nächsten Wahlen thatsächlich den geist-
reichen Plan auszuführen und in einigen wenigen Wahlkreisen Er-
folge erzielen, so würde das für ihren Anhang immer nur starken
Verlust an Zeit und Verdienst bedeuten. Einen weiteren Gewinn
würden sie mit ihrem Vorgehen nicht haben; denn die Wahlen
würden eben so lange wiederholt werden müssen, bis ein Er-
gebnis erzielt wäre.“

Den eigentlichen Trost findet aber die „Kr.-Ztg.“ an anderer
Stelle. Sie drückt am gleichen Tage eine Ausführung des „Westf.
Merkur“ ab, die mit den Worten schließt:

„Wird in einer kleineren Zahl von Kreisen dieses negative
Ziel der Obstruktion wirklich erreicht, so stört das die Konstituierung
des Landtages nicht und thut der vorwiegenden konservativen
Partei am wenigsten Abbruch. Denn in den großstädtischen und
industriellen Wahlkreisen mit der Massenbevölkerung ist die national-
liberale und die Fortschrittspartei (letztere z. B. in Berlin) viel
stärker engagiert als die konservative Partei.“

Zunächst ist diese Ueberlegung nicht ganz zutreffend; haben doch
z. B. zwei der wichtigsten hierbei in Betracht kommenden Wahlkreise
— Teltow-Beeskow und Nieder-Ober-Barnim — fünf prächtige
Konservative in den Landtag gewählt. Ueberhaupt sind unter der
von uns berechneten Zahl von 115 Abgeordneten, deren Wahl (1903) in
Wahlkreisen mit mehr als 600 Wahlmännern erfolgen wird, im Land-
tag zur Zeit 24 Konservative und 12 Freikonservative, während
Nationalliberale und Freistimmige Volkspartei mit je 22, das Centrum
mit 26 und die Freistimmige Vereinigung mit 7 Abgeordneten zur
Zeit in diesen Wahlkreisen vertreten sind.

Vor allen Dingen vergißt aber die „Kreuz-Zeitung“ über der
nackten Rentabilitätsüberlegung, daß eine Regierung nicht mäßig

zuzuhören kann, wenn ein Wahlmodus sich als undurchführbar erweist,
weil die gesetzlichen Vorschriften unmöglich eingehalten werden können.
So finden sich denn auch im konservativen Lager „staatsmännischere“
Stimmen.

In einem langen Leitartikel über das preussische Wahlrecht
machen die „Hamburger Nachrichten“ (Nr. 103) unter „Wenn“ und
„Aber“ alle möglichen Einwendungen gegen das heutige Wahlrecht,
um am Schluß einer Verstärkung der Vertretung der größten Kreise
unter gleichzeitiger Teilung der übermäßig großen zu empfehlen.
Diese glänzende Reform solle bei Beginn der nächsten Legislatur (?)*,
also wohl im Herbst 1903, also nach den nächsten Wahlen angeregt
werden. Weit interessanter ist aber, daß in dem gleichen Artikel
schon für die nächsten Wahlen um ministerielle Hilfe gerufen wird.
„Allerdings wird durch entsprechende Änderungen des Wahlreglements
dafür zu sorgen sein, daß es den zu erwartenden socialdemokratischen
Anwertreibungen nicht gelingt, den Abschluß der Wahlverhandlung in
besonders großen Wahlkreisen oder Wahlbezirken zu hintertreiben.
Das wird nicht gerade leicht sein, aber unlösbar ist die Aufgabe
nicht, und Herr von Hammerstein wird dabei zeigen können, was er
leisten kann.“

Der „Vorwärts“ hat sich bereits im Januar d. J. (Nr. 14) be-
müht, den Herrn Minister zur Lösung der schwierigen Aufgabe auf
das Reglement hinzuweisen — freilich lassen sich auf diesem Wege
die Schwierigkeiten nur zum kleinen Teile beseitigen, wird nur am
Reglement geküßt, so dürfte der Regierung die von uns in Aussicht
gestellte Blamage nicht erspart bleiben.

Wiel heftiger für uns Ausfahrungen als die Konservativen
sind die Nationalliberalen, die ja auch am 6. Juni im Abgeordneten-
haufe den Antrag des freistimmigen Dr. Barth auf Neueinteilung
der Wahlkreise unterstützten. So schreibt die „National-Zeitung“
am 8. August in Anknüpfung an den Abdruck unseres Artikels: „Daß
das gegenwärtige preussische Wahlrecht auch äußerlich unhaltbar ist,
kann nicht bezweifelt werden, und in einer Anzahl von Wahlkreisen
könnte seine Unhaltbarkeit allerdings durch die Socialdemokratie auf
die angelegteste Art festgelegt werden.“ In ganz gleichem Sinn
äußern sich die „Magdeburger Zeitung“ und die „Börsen Zeitung“.
Noch energischer schreibt das „Leipziger Tageblatt“: „Da und dort
aber fällt die Anregung des „Vorwärts“ doch wohl auf fruchtbaren
Boden. Und wenn dies auch nur in einem einzigen Wahl-
kreise geschehen sollte, so würde der Beweis erbracht sein, daß eine
Änderung des preussischen Wahlrechts nicht mehr auf die lange
Bank geschoben werden darf.“

Das rege Interesse der Nationalliberalen darf nicht wunder-
nehmen. Sind sie doch an den von uns gekennzeichneten Wahl-
kreisen mit 22 Abgeordneten, d. h. mit fast 30 Proz. ihres augen-
blicklichen Bestandes beteiligt. Dann kommt ein weiterer Grund,
den der Abg. Roelle gelegentlich der Besprechung des Antrags Barth
im Abgeordnetenhaus verriet: „Gerade die Herren, so führte er
aus, die der Ansicht sind, daß das für Preußen geltende Wahlrecht im
wesentlichen unverändert bestehen bleiben soll, haben alle Veranlassung,
solche Monstrositäten, wie sie sich jetzt herausgebildet haben, zu
beseitigen, damit später, wenn es noch schlimmer geworden ist und
diese Monstrositäten unter dem Druck, den sie ausüben, beseitigt
werden sollen, nicht das ganze geltende Wahlrecht mit hinfort-
gerissen wird.“

Die Nationalliberalen also wollen schleunigt fliehen, um vom
„elendesten aller Wahlsysteme“ zu retten, was noch zu retten ist.

Höchst amüsant ist die Stellungnahme des Centrums, wie sie
sich in den Ausführungen des „Westf. Merkur“, der Dortmund-
„Tremonia“ u. a. offenbart. Selten ist die Heuchelei des Centrums
klarer in die Erscheinung getreten.

„Wir haben, so schreibt die „Tremonia“, auch im vorliegenden
Fall für den Zweck, den die Socialdemokratie verfolgt, die
lebhaftesten Sympathien, nämlich für die Reform des elendesten aller
Wahlrechts. Aber dieser Zweck kann nicht die Mittel heiligen. Die
Obstruktion im Wahllokale ist zu verwerfen.“ Wir fragen
die „Tremonia“, ob es auch „Obstruktion“ ist, wenn wir z. B. 1903
nicht mehr dulden, daß bei der Wahl der Abgeordneten reglement-
widrig verfahren wird, wie es 1898 anerkanntermaßen z. B. in
Teltow-Beeskow geschah, weil, wie offiziell festgestellt wurde, die
Wahl sonst schon damals unmöglich gewesen wäre?

Ueberlegt sich die „Tremonia“ einmal die Antwort auf diese
Frage, so wird sie bald zur Erkenntnis kommen, daß sie mit ihrem
selben Schlußsatz: „Besser wird es sein, wenn die Socialdemokratie
sich erst einmal friedlich an der Wahl beteiligt“ und geradezu
auffordert, bei der ungeschicklichen Rogelei gelegentlich der Abgeordneten-
wahlen auch einmal mitzuthun. Die biedere „Tremonia“ fürchtet
geradezu, daß die Regierung und die Weisheit nach der von uns
befürworteten Wahlbeteiligung die Parole ausgeben werde:

„Durch die gewaltthätige Socialdemokratie darf man sich nicht
zwingen lassen! Wahrscheinlich würde man sich dann erst recht
ablehnend verhalten gegen die Reform des Wahlrechts und würde
höchstens eine Reform des Wahlverfahrens eintreten lassen, d. h. die
Technik der Wahl so verbessern, daß solche Störungen nicht wieder-
holt werden können und im übrigen die Miere des Dreiklassen-
Systems und der öffentlichen und indirekten Wahl bestehen lassen.
Damit wäre aber der Gerechtigkeit und Freiheit schlecht gebient,
auf solche Weise würde das elendeste aller Wahlsysteme neu auf-
geklärt aber nicht beseitigt.“

Wlo eitel Begeisterung für „Gerechtigkeit und Freiheit“ bewegt
die Centrumsmänner, und von einer energischen, streng gesetzlichen
Wahlbeteiligung abzuraten. Selbstverständlich hegen die Gründe,
die das Centrum vor energischem Vorgehen misserheils scheuen läßt,
ganz wo anders. Zunächst ist das Centrum selbst mit 26 Ab-
geordneten an den in Frage kommenden Kreisen interessiert und
zwar nicht in den kleinsten, sowohl am Rhein wie in Obersachsen.
Auf dem Parteitag zu Mainz stellte Genosse Düvel fest, daß am
Rhein und in Westfalen sich auch die „Centrumsarbeiter“ nicht an

der Landtagswahl beteiligten und andre Delegierte aus der Rheinprovinz stimmten ihm bei. In der That finden sich in Rheinland-Westfalen selbst für preussische Landtagswahl-Verhältnisse ungläublich kleine Wahlbeteiligungsziffern dritter Klasse; so 1898:

Gelsenkirchen Stadt 1,08 Proz. (ganze Kreis 2,11 Proz.)	
Solingen " 3,18 " " 3,55 "	
Stadtkreis Essen " 3,65 " " 2,5 "	
Landkreis Bochum 4,97 " " "	
Dortmund 2,21 " " "	

Diese idyllischen Verhältnisse könnten durch die Agitation der Socialdemokraten arg gestört werden; nicht als ob wir meinen, daß dort allzu viele Arbeiter öffentlich socialdemokratisch stimmen würden; also unsere Mobilmachung dürfte genügen, auch die Gegner zum Mobilmachen zu zwingen und so den Arbeitern die Herrlichkeiten ihres Wahlrechts klar zu machen, die ihnen heut verborgen. Weiter werden sich, angeregt durch unser Auftreten, auch „Centrumsarbeiter“ selbstständig um die Wahlrechtsfrage bekümmern und wie lieb dem Centrum solche selbständigeren Regungen in Arbeiterkreisen sind, ist allbekannt.

Vor allen Dingen aber ist es dem Centrum gerade jetzt sehr unbecom, wenn die Wahlrechtsfrage energisch angeknüpft wird, wo es in Sachen Brotwincher alle Hände voll zu thun hat, um seine Stellung zwischen Agrarern und Industrie-Arbeitern, noch dazu als Regierungspartei einzugemessen zu halten. Das hat in erfreulicher Weise der Centrumsabgeordnete Freyden gelegentlich der Beratung des schon erwähnten Antrages Barth klargestellt, indem er ausführte, daß es in einem Augenblick ohnehin vorhandener harter Gegenläge zwischen Stadt und Land am allerwenigsten ratsam sei, zur Verschärfung dieser Gegenläge noch ein weiteres beizutragen durch Aufrollen der Frage der Wahlkreis-Einteilung etc.

Gerade auch die Zwangstage des Centrums, diese augenblickliche Erregung von Arbeiterkreisen — auch außerhalb des socialdemokratischen Bestandes — durch die Magenfrage, läßt es uns dringend nötig erscheinen, die Landtagswahl-Beteiligung schon heute mit allem Nachdruck und in der von uns vertretenen Richtung in den Köpfen vorzubereiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. August.

Berichte Entrüstung.

Das Centrum sonnt sich seit langem in der Kunst Wilhelms II. Längst hat der Militär- und Marine-Eifer der Centrumpartei jene Zeit vergessen lassen, da der Kaiser seine „tiefste Entrüstung“ kundgab über die vom Centrum verfaulende Verjüngung einer Ehrung des Fürsten Bismarck durch den Reichstag. Erst vor wenigen Wochen gab der Kaiser in Wachen Zeugnis seiner Befriedigung, daß in Deutschland der Katholizismus ungehindert und frei walten könne, und man weiß, wie sehr katholischeren Reigungen in der Gemüthsart des Kaisers wurzeln. Unpöblich aber hat jetzt die Scene gewechselt: der Kaiser schleudert seine schwerste Unnade gegen das Centrum!

Das „Wolfsche Depeschensureau“ übertrifft die deutsche Oeffentlichkeit durch die Mitteilung folgenden Telegrammaustausches zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten von Bayern:

Am Prinzregent von Bayern

München.

Von meiner Reise eben heimgekehrt, lese ich mit tiefer Entrüstung von der Ablehnung der von Dir geforderten Summe für Kunstzwecke. Ich eile, meiner Empörung Ausdruck zu verleihen über die schände Undankbarkeit, welche sich durch diese Handlung kennzeichnet sowohl gegen das Haus Wittelsbach im allgemeinen, als auch gegen Deine erhabene Person, welche stets als ein Kaiser der Gerechtigkeit und Unterstützung der Kunst gegläntzt. Zugleich bitte ich Dich, die Summe, welche Du benötigst, Dir zur Verfügung stellen zu dürfen, damit Du in der Lage seist, in vollstem Maße die Aufgaben auf dem Gebiete der Kunst, welche Du Dir gesteckt hast, zur Durchführung zu bringen.

Seiner Majestät Kaiser Wilhelm

Stinnesmünde.

Es drängt mich, Dir meinen innigsten Dank für Dein so warmes Interesse an meinen und meines Hauses Bestrebungen auf dem Gebiete der Kunst und für Dein so hochherziges Anerkennen auszusprechen. Zugleich freut es mich, Dir mitteilen zu können, daß durch den Entschluß eines meiner Reichsräte, welcher die abgelehnte Summe zur Verfügung stellte, meine Regierung in die Lage versetzt ist, getreu den Traditionen meines Hauses wie meines Volkes die Pflege der Kunst als eine meiner vornehmsten Aufgaben unentwegt fördern zu können.

Jagdhof Fischbach, den 11. August.

Luitpold

Prinz von Bayern.

Zwar erfolgte die erstmalige Ablehnung der Kunstforderungen in der bayerischen Kammer der Abgeordneten bereits vor Wochen und die letzte endgültige Ablehnung bereits am 8. August, aber der Kaiser erfuhr davon erst, wie er mittelt, am 10. August. Sofort sah er alldem der Kaiser den Entschluß zu seinem Telegramm an den Prinzregenten. Nun könnte man dazu neigen, bei der eiligen Post, in der der Kaiser, nach seiner eignen Eröffnung, das Entrüstungs-telegramm auslieferte, nicht den Wortlaut allzu scharfer Prüfung unterwerfen zu sollen. Da aber die Veröffentlichung des Telegramms kaum ohne Zustimmung des Kaisers erfolgt sein kann, der Kaiser also auch nach dem Verräuschen der ersten Formelwählung an seinen Worten festhält und das Bekanntwerden auch dieser seiner Anschauungen in der gesamten Oeffentlichkeit wünscht, so wird die Oeffentlichkeit ihrerseits einer Beachtung des Telegramms nicht ausweichen.

Der Kaiser eilt, die schände Undankbarkeit der bayerischen Centrumpartei gegen das Haus Wittelsbach und den Prinzregenten anzuklagen. Aber die telegraphische Eile kann nicht übersehen lassen, daß diese Anklage des Kaisers staatsrechtlich unberechtigt ist. In der Eile äußert der Kaiser eine Auffassung über die Stellung parlamentarischer Parteien zum Staatsoberhaupt, die in Widerspruch zu den in den meisten deutschen Bundesstaaten bestehenden Verfassungsgrundsätzen steht. Parteien handeln im Parlament nicht zu Dank oder zu Undank eines Fürsten. Erst jüngst wurde von den Vertretern der Reichsregierung im Reichstag mit großer Erregung besprochen, daß in der Aufhebung des elsässisch-lothringischen Diktaturparagrafen nach der Geldbewilligung für die Hohenzollernburg eine Politik der Geschenke zwischen Volksvertretern und Landesfürsten erblickt werden dürfe. Also wird auch nicht von der Verpflichtung des Centrums zur Dankbarkeit gegen den Prinzregenten gesprochen werden dürfen, wenn er seine Anschauungen in der Abgeordnetenkammer vertritt, mag man diese Anschauungen auch als überaus räthselhaft und lässlich verurtheilen. Auch der Prinzregent von Bayern teilt offenbar nicht die Ansicht des Kaisers, daß das Centrum sich einer persönlichen Verurteilung gegen ihn schuldig gemacht habe. Denn in seinem Antworttelegramm, daß sich von der erregten Stillsetzung des kaiserlichen Telegramms durch besondere Einfachheit und Ruhe unterscheidet, weist der Prinzregent ausdrücklich darauf hin, daß seine Regierung es sei, die diese ganze Angelegenheit angehe. Der Prinz-

regent wünscht nicht, daß seine Person in das Wechselspiel der politischen Erfolge hineingezogen werde, er deutet, in strengem Festhalten an dem Sinne der Verfassung, das kunstfeindliche Vorgehen des Centrums lediglich als ein Vorgehen gegen die Regierung. Offenbar kundigt der Prinzregent der Anschauung, daß eine „erhabene Person“, wie ihn das kaiserliche Telegramm anspricht, auch über die politischen Tagesereignisse erhaben sein solle.

Diese selbe Anschauung hat sicherlich den Prinzregenten auch verhindert, seinerseits die vom Centrum abgelehnte Summe für Kunstzwecke zu zahlen. Die freigelegte Art Wilhelms II. könnte nämlich auch leicht dazu verleiten, daß die Parlamente in Zukunft auch andere Geldforderungen denwerfen in der Erwartung, daß die Fürsten aus eigenem Vermögen zahlen. Die Socialdemokratie wäre gewiß einverstanden, wenn demnach die deutschen Fürsten unter Vorgang des Kaisers einige Panzerkreuzer oder eine weltpolitische Expedition aus eigener Tasche bestreiten wollten.

Nun aber erscheint die Entrüstung des Kaisers über den Centrumsankundat überhaupt höchst erstaunlich. Die Centrumpartei dürfte höchlichst verwundert sein, daß der Kaiser gerade ob ihres Verhaltens zu den Kunstforderungen in tiefste Entrüstung, ja in Empörung geraten könnte. Wohl lag der Grund zur Ablehnung der Kunstforderungen zunächst in der allgemeinen politischen Lage Bayerns, in der Nichtstimmung des Centrums über die Aufopferung des Reichsminister v. Sandmann, aber daß sich das Centrum gerade die geringfügigen und harmlosen Kunstforderungen zur Bezeugung seines Unwillens erwählte, erklärt sich nur aus seiner traditionellen Erbitterung gegen diejenige Kunst, welche gerade in München gehegt wird. Die Centrums-Abgeordneten Dr. Heim und Dr. Schäbler haben deutlich gezeigt, daß es ihnen darum zu thun sei, bei dieser Gelegenheit ihren Haß gegen die moderne Kunst zu kühlen. Herr Dr. Heim sprach am 8. August in der Abgeordnetenkammer davon, daß er die 100 000 M. ablehne, weil sie doch immer nur zu Käufen „von einem bestimmten Künstlerring“ verwendet würden; auch über die Bevorzugung des Auslandes klagte er. Und Dr. Schäbler wendete sich unmittelbar gegen „die neue Kunst“, die „das gute Alte verachte und die Köpfe für ein Abendmahlbild aus dem Zuchthaus habe.“ Das alles sind Anschauungen, von denen man annehmen sollte, daß sie das höchste Gefallen des Kaisers haben sollten. Hat doch Wilhelm II. im Dezember vorigen Jahres bei der Vollendung seiner Sieges-Ällee ein Glaubensbekenntnis in Kunstfragen abgelegt, das gerade vom Centrum mit Jubel aufgenommen wurde, so daß das Centrum nämlich glauben durfte, eine Ablehnung der Kunstforderungen der bayerischen Regierung würde nicht Empörung, sondern liebevolle Zustimmung beim Kaiser finden. Wilhelm II. erklärte damals unter Hinweis auf die vollzählig und in trefflicher Richtung aufmarschierte Marmorgalerie seiner Ähnen in der Sieges-Ällee, daß hier die Bildhauerei eine Kunstleistung vollbracht habe, wie sie „wohl kaum in der Renaissancezeit schöner hätte sein können“. Wilhelm II. rühmte diese Bildhauerei, daß sie „zum größten Teile rein geblieben von den sogenannten modernen Richtungen und Strömungen“, daß sie „noch hoch und hehr da stehe“. Er sprach weiter davon, daß die Kunst, wenn sie, wie es jetzt vielfach geschieht, weiter nichts thut, als das Elend noch schrecklicher hinzustellen wie es schon ist, dann verständig sie sich am deutschen Volk. Und er verhängte schließlich über die „sogenannte moderne Richtung“ die schwerste Verdammnis, indem er die um ihn versammelten Anferterer von Marmorfiguren aufforderte, energischer Front zu machen gegen jene Kunst, die „in den Minstein niedersteigt“.

München aber ist die vornehmlichste Pflegstätte dieser modernen Kunstrichtungen, die dem Kaiser gleichwie dem Centrum ein widriger Geruch sind. Gerade solche Künstler sind aus den vom bayerischen Landtag in früheren Jahren bewilligten Geldsummen mit Aufträgen bedacht worden, die mit Vorliebe das Elend malen und in den Minstein steigen. Von München aus stütete diese Kunst, der die Marmor-Reihen in der Sieges-Ällee, dieser höchste Stolz des Königs, vielmehr als Erzeugnis byzantinisch entarteten und in Gedankenleere veredelnden Kunstfertums gilt. So verschiedenen Kunstanschauungen wird in unsren Tagen gehuldigt und nur ein glücklicher Zufall bewahrt den Kaiser vor dem Mißgeschick, die ihm verhasste Kunstübung durch eine Geldspende gefördert zu haben.

Deutsches Reich.

Die „Freisinnige Zeitung“ vermag auf unsre gestrige Kritik des Verfalls ihrer Partei zur Frage der Witwen- und Waisenversicherung nichts weiter vorzuführen, als daß der „Vorwärts“ selbst den Centrumsantrag höchst abfällig beurteilt habe. Die „Freisinnige Zeitung“ unterschlägt dabei, daß der „Vorwärts“ sich stets nur dagegen gewendet hat, daß der Centrumsantrag — abgesehen davon, daß er nicht im mindesten einen Ausgleich für die Belastung aus dem Jolltarif bringt — unzureichend ist und nicht genügende Sicherung für baldige Einführung der Witwen- und Waisenversicherung bietet. Anstatt nun den socialdemokratischen Antrag, der diese Mängel möglichst beseitigen wollte, zu vertreten, lehnen die Freisinnigen auch den Centrumsantrag ab, der zwar höchst unzulänglich ist, aber doch immerhin die Aussicht giebt, daß ein geringer Teil der durch den Jolltarif dem Volk erwachsenden Nothlasten zu socialpolitischer Verwendung gelange. Die erleuchtete Latit des Freisinn schaffte dem Centrum die erfreuliche Möglichkeit, sich einer socialpolitischen Forderung, die ihm selbst unbecom ist, mit Aufwand zu erledigen.

Die Parteien und die Reichstags-Erfahrungswahlen.

Von den 1898 gewählten 397 Reichstags-Abgeordneten sind im Verlaufe der letzten Legislaturperiode nicht weniger als 47 infolge Todes oder sonstiger Umstände aus dem Reichstag ausgeschieden. Ueber die durch die Hierdurch notwendig gewordenen Reichstags-Erfahrungswahlen eingetretenen Veränderungen der Parteien giebt die Karlsruh. Ztg. folgende Uebersicht:

In deutsch-konservativen Mandaten wurden im Laufe der Legislaturperiode fünf frei: zwei davon gingen im Kampfe verloren, eines an den Freisinn (Stralsund-Weiswald, wo statt des verstorbenen Abgeordneten v. Dismarck-Wohlen Gothein gewählt wurde), eines an die Socialdemokratie (Rottbun-Weischavelland, wo an Stelle v. Loebels der Socialdemokrat Reus den schon früher von ihm vertretenen Kreis zurückgewann). Dofür wurde aber ein neues Mandat von den Nationalliberalen erobert (Emden-Norden, wo für den verstorbenen Nationalliberalen Franz von der Konservative Graf zu Inn- und Anspachhausen flegte) und der an Stelle des verstorbenen fraktionslosen Litauers Smalowski gewählte Litauer Maschall trat dem konservativen Fraktionsverbande bei, während v. d. Gröben-Arenstein aus der Fraktion auschied. Der Reichspartei wurden die beiden lang-jährigen Abgeordneten Frhr. v. Stumm-Halberg und v. Dziewbonski auf den Konservativen v. Gersdorff übergegangen. Das Centrum hatte zehn Erfahrungswahlen, die bis auf zwei noch unerledigte keine Besitzveränderungen brachten. Zwei neue Mandate gewann die Partei vom

bayerischen Bauernbunde. Die welfischen Centrums-Hospitanten blühen zwei Mandate ein. Die Nationalliberalen hatten zehn Nachwahlen. Dabei sind sieben Mandate behauptet worden, eines ging an die Konservativen verloren und eines an die Socialdemokraten bei der Erfahrungswahl für Dr. Lehr in Döbeln. Außer dem auf freier Vereinbarung beruhenden Zuwachse eines bisher reichsparteilichen Mandats gewannen die Nationalliberalen im Kampfe ein Mandat vom Bunde der Landwirte (Einbeck-Northelm), zwei von den Welfen (Welle-Diebold und Welle-Siffhorn) und zwei von den Socialdemokraten (Kaltwasser-Weisen und Millhausen). Die Freisinnige Vereinigung hatte eine Nachwahl, bei der Dr. Siemens durch Dr. Parth ersetzt wurde, und gewann einen Sitz von den Konservativen. Die Freisinnige Volkspartei verlor in drei Nachwahlen einen Sitz an die Socialdemokratie, zwei wurden behauptet. Die Deutsche Volkspartei verlor ein Mandat an die Socialdemokratie. Die Socialdemokraten verloren bei den Nachwahlen zwei Mandate, gewannen aber dafür vier, je eines von den Konservativen und Nationalliberalen und je eines von den Freisinnigen und der Süddeutschen Volkspartei. Die Zahl der Mandate ist demnach unverändert geblieben bei den Konservativen und beim Centrum; Verluste haben erlitten die Reichspartei, die Freisinnige Volkspartei und die Deutsche Volkspartei; gewonnen ist die Vertretung der Socialdemokratie um 2, der Freisinnigen Vereinigung um 1 und der Nationalliberalen um 3 Mandate.

Die deutsch-englische Freundschaft.

Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Lord Roberts hat es nicht hindern können, daß sich die englische Antipathie gegen den deutschen Rivalen auf dem Gebiet der Weltpolitik mehr und mehr verschärft hat. Die Konflikte Englands mit Deutschland in Ostasien, die militärische Festsetzung Deutschlands in Neusien, namentlich aber in Shanghai, haben die deutsch-feindliche Stimmung weiter Kreise Englands begreiflicherweise erhöht. Die gewaltigen Flotten-Rüstungen Deutschlands, die ihre Spitze ja in erster Linie gegen England richten, mußten ja die feindselige Eifersucht Englands hervorrufen. Die aufsehen erregenden Reden von der auf den Wasser liegenden Zukunft Deutschlands usw. konnten ja in England nur eine Deutung finden. Das weltpolitisch entflammte Deutschland hat es sich daher nur selbst zuzuschreiben, wenn England in Deutschland den gefährlichsten Redenbühler erblickt. Diese deutschfeindliche Stimmung Englands kommt zum brutal-drahtischen Ausdruck in neuerlichen Auslassungen des „Globe“ und des „Spectator“.

„Globe“ schreibt:

„Die ungeheure Kriegsflotte, die sich Deutschland anschafft, gilt England und dem britischen Weltreich. Wir sind die einzigen möglichen Rivalen, mit denen Deutschland in Konflikt geraten kann, und der Zug der deutschen Bestrebungen bewegt sich in einer Richtung, die einen solchen Konflikt unvermeidlich gestalten kann... Bismarck zuerst, und nach ihm der Kaiser, haben beschlossen, daß Deutschland eine große Weltmacht sein soll, und das deutsche Volk ist gleich entschlossen, die größte Handelsnation der Welt zu bilden. Mit derselben grimmigen Entschlossenheit wie Polke und Moon, sind nun der Kaiser und seine Ratgeber dazu geschritten, die deutsche Kriegsflotte ebenso unbeflegbar zu machen, wie sich die deutsche Armee in den Jahren 1866 und 1870 als unbesiegt erwiesen hat. Wenn wir prüfen, was für Schiffe Deutschland baut, so fällt es nicht schwer, zu erkennen, daß sie für den Angriff und nicht für die Verteidigung bestimmt sind. Gibt es nun eine andre Macht als uns, gegen die die werdende große deutsche Kriegsflotte gemüht sein könnte? Wir hegen keine Feindschaft gegen das deutsche Volk; der Kaiser selbst hat bei vielen Anlässen seinen guten Willen und seine freundschaftlichen Gesinnungen für uns bezeugt. Wir fühlen uns aber sicher, daß, wenn die Verhältnisse umgekehrt lägen, es nicht lange währen würde, ehe unsrer Regierung eine sehr höflich gehaltene Vorstellung zugeinge, daß unsre großartigen Kriegs-Vorbereitungen im Lichte eines feindseligen Aktes betrachtet werden müssen...“

Noch heftiger sind die Auslassungen des Londoner Wochenblattes „Spectator“:

„Es gab eine Zeit, da England willens gewesen wäre, zu verhindern, daß Deutschland zwischen dem Hammer und Amboss von Rußland und Frankreich vernichtet werde. Kein solcher Wille würde jetzt möglich sein. Die deutsche Weltpolitik wird in England völlig verstanden, und es würde durchaus unmöglich sein, die Nation zu veranlassen, irgend etwas zu thun, um Deutschland zu helfen. Wir müßten dulden, daß unsre Regierung kleinere Abmachungen mit Deutschland trifft, unter denen es gewisse Zugeständnisse erlangt, und wir eine große Volks öffentliche Verunglimpfung als unsern Anteil kriegen; aber kein deutsches Bündnis, so augenscheinlich verlockend auch die Bedingungen sein mögen, würde jetzt gebildet werden. Ja, wenn wir jemals in einen Krieg mit Deutschland verwickelt werden sollten, würden wir sicherlich jetzt Frankreichs Streit zu unserm eignen machen und nicht eher ablassen, bis Elsass-Lothringen Frankreich zurückgegeben worden ist. Wir verstehen, daß Deutschland auf uns blickt, wie das Elisabethanische England auf Spanien blickte und denkt, daß, wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, es im Stande sein werde, die Trümmer eines explodierten Reiches aufzulesen.“

Die deutsche imperialistische Presse ist natürlich entrüstet über diese englischen Offenherzigkeiten, die sie als den schändlichsten Undank für Wilhelms II. Haltung während des Boerentrieges bezeichnen. Als ob Ordensverleihungen bei der imperialistischen Realpolitik irgend eine Rolle spielen könnten. Erklärte doch Herr v. Bülow selbst, daß Sentiments in der Politik keinen Platz fänden.

Die englische Auffassung der deutschen Flottenrüstungen beweist wieder einmal, welche Sicherung der internationalen Freundschaften der Land- und Wassermilitarismus gewährt.

Koblesse oblige. Ueber eine eigenartige Form der Steuerhinterziehung wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Stettin gemeldet: „Schaumwein, der sich am 1. Juli 1902 außerhalb einer Schaumweinfabrik oder einer Jollniedelager befindet, unterliegt bekanntlich der Schaumweinsteuer in Form einer Nachsteuer. Schaumwein im Besitze von Haushaltungsvorständen, die weder Kaufmann, noch Handel mit Getränken betreiben, bleibt nach § 31 des Schaumweinsteuergesetzes, sofern die Gesamtmenge nicht mehr als 30 Flaschen beträgt, von der Nachsteuer befreit. Hier in Stettin sind rund 48 000 Mark an Nachsteuer für Schaumwein aufkommen, und Schwierigkeiten bei Ermittlung derselben haben sich kaum ergeben, zumal auch steuerlicherseits mit der erforderlichen Aulanz verfahren wurde. Indes haben zwei diesige Offizierkasinos ihre Bestände an Schaumwein für die Nachsteuer nicht bereit gestellt. Sie haben vielmehr diese Bestände den einzelnen Offizieren als Mitglieder der Kasino bis zu je 30 Flaschen auf ihr Konto geschrieben und dafür Steuerfreiheit beanprucht, obgleich sich der Schaumwein nach wie vor in den Kellern der Kasinos, also in deren Verwahrung befindet. Es erscheint kaum zweifelhaft, daß ein solches Verfahren dem Sinne des Gesetzes, speziell der oben wörtlich angeführten Vorchrift desselben, nicht entspricht, und es sind bereits die diesbezüglichen erwachsenen Verhandlungen der höheren Steuerbehörde zur Entscheidung vorgelegt worden. Diese beiden Fälle der Weigerung von Offizierkasinos zur Zahlung der Schaumwein-Nachsteuer sehen in jedo nicht vereinzelte da. Auch andre Offizierkasinos haben sich ebenso verhalten und haben vor der Nachsteuer-Revision bei den einzelnen Offizieren, sogar unter den Reserve-Offizieren

Freie Reichstagsfrage gehalten, ob deren Conto eventuell bis zu 80 Millionen Schillingen aus den Beständen des Kasinos belastet werden dürfe.

Diese geniale Art, die Steuerpflicht zu umgehen, dürfte bei der Steuerbehörde kaum dem nötigen Verständnis begegnen. Aber es ist schon im höchsten Grade bedauerlich, daß gerade die Herren Offiziere, zum größten Teil die Angehörigen jener agrarischen und großindustriellen Schichten, die dem Volke aus rücksichtslosem Klasseninteresse die indirekten Steuerlasten aufgebürdet haben, durch dergleichen mehr als zweifelhafte Manöver den auf sie entfallenden bescheidenden Anteil der Steuerleistung abzuwälzen suchen!

Der Centralverband „Germania“ der deutschen Bäckerinnungen, der 40 000 Mitglieder zählt, hält zur Zeit in Köln seinen 18. Verbandstag ab. Man nahm dort auch Stellung zu der Erhöhung der Getreidezölle. Nach langer Debatte gelangte folgender Antrag zur Annahme:

„Die zu Köln versammelten deutschen Bäckerinnungen des Centralverbandes „Germania“ verwahren sich schon heute gegen die Konsequenzen der durch die neue Zolltarifvorlage in Aussicht genommenen Getreidezollerhöhung, und zwar ausgehend von der Erwägung, daß die durch eine Zollerhöhung folgende eintretende und zugestandenermaßen auch beschlossene Getreidepreiserhöhung naturgemäß auch zu einer Steigerung des Mehlpriees, und da der Bäcker infolge der misslichen Lage des Gewerbes erhöhte Materialpreise nicht aus Eigenem zu bestreiten vermag, zu erhöhten Brotpreisen führen muß, das Odium derselben aber erfahrungsgemäß an dem Bäcker haften bleibt, indem die Folgen höherer Rohpreise für den Konsumenten erst beim fertigen Brot sichtbar in die Erscheinung treten.“

Zu einer entsprechenden Erklärung gegen die Getreidezölle konnten sich die Vertreter der Bäckerinnungen nicht aufschwingen. Sie folgerten sich nur gegen den drohenden Unwillen des brotverbrauchenden Publikums. Die Bäckermeister bedürfen zu ihren arbeiterfeindlichen und sonstigen reaktionären Plänen des Beistandes der Brotwucherpartei; daher ihre eigenartige Stellungnahme zum Brotwucher.

Die Junker als Brotwucher-Interessenten. In welcher eminenten Weise die ostelbischen Junker aus der großen Schröpfung der dardenden Wästen durch den Brot- und Fleischwucher Gewinn ziehen, beweist unter anderem auch eine statistische Zusammenstellung, die das „Deutsche Adelsblatt“ über den Grundbesitz giebt, der sich in der Provinz Pommern gegenwärtig in adeligen Händen befindet. Dieser Grundbesitz besteht in Hinterpommern aus 761 adeligen Gütern, die nicht weniger als 816 499 Hektar = 112 Quadratkilometer umfassen, in Vorpommern aus 435 adeligen Gütern mit 298 846 Hektar = 48 Quadratkilometern. Zusammen umfaßt also der in adeligen Händen befindliche Besitz in der Provinz Pommern 1166 adelige Güter mit 833 145 Hektar = 155 Quadratkilometern. Da die Provinz Pommern überhaupt ca. 500 Quadratkilometer umfaßt, befindet sich beinahe ein Drittel im Besitz des Junkertums!

Neue Sozialwünsche. Eine militärische Befehung des deutschen Schachgebietes fordert äußerst dringend eine Korrespondenz der „Deutschen Sozialgesellschaft“. Sie veranschlagt die daraus dem Staat für Kamerun erscheidenden Mehrausgaben „nur“ auf 1/2 Million Mark. Die „Nein-Westfäl. Jg.“, die der Sozialpolitik keineswegs unfeindlich gegenübersteht, warnt vor einem allzu übereilten Vorgehen in diesen handelspolitisch wertvollen Distrikten des Kameruner Hinterlandes, aber auch ihrer Ansicht nach werde man ohne eine stärkere militärische Befehung dieser Gebiete nicht auskommen. In der That, nachdem Hauptmann Kramer und die Oberleutnants Domstl und Kramer einmal ihre Expedition bis nach jenem Teil ausgedehnt und Militärfaktionen angelegt haben, wird man ja nunmehr eine Verstärkung der Kameruner Schutztruppe für unumgänglich erklären. Der Zollwucher wird ja auch für dergleichen weltpolitische Spielereien die Dedung liefern.

Ein interessanter Preßprozeß wird gegen den Redakteur des national-polnischen Blattes „Gornoslaj“ in Kattowitz (Oberschlesien) geführt. Das Blatt hatte behauptet, die Electricitätsfirma „Union“ sei von der Kattowitzer Polizeiverwaltung aufgefordert worden, einen Monteur zu entlassen, der sich durch national-polnische Agitation „lästig mache.“ Trotzdem die Firma nochmals aufgefordert wurde, sei sie doch dem Verlangen nicht nachgegeben, weil der Monteur ein tüchtiger Arbeiter gewesen sei. Wegen der Kritik dieses Vorfalls ist gegen den „Gornoslaj“ Anklage wegen Verleumdung der Polizeiverwaltung erhoben worden. Aber auch der Monteur soll gegen die Polizeiverwaltung Strafantrag gestellt haben. Das wird möglicherweise interessante Enthüllungen geben.

Ein Centrumsblatt konfisciert. Wie aus München gemeldet wird, wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft am Donnerstag, den 7. August, die am Abend vorher gedruckte Nummer 177 der „Augsburger Postzeitung“ konfisciert. In dem Artikel: „Bei der Würzburger Professoren-Revolution“ erwiderte die Staatsanwaltschaft ein Vergehen gegen § 181 des Reichsstrafgesetzbuches, Verächtlichmachen von Staats-einrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit. — Die „A. P.“ hält folgenden Passus des Artikels für die Veranlassung der Konfiskation:

„Bei der Würzburger Professorenrevolte wurde bisher ein Punkt ganz übersehen, der wie nichts anderes geeignet ist, die himmelstreichenden Zustände in Bayern zu beleuchten. Die Frage wurde noch gar nicht berührt, wo diese Revolte stattfand. Also, ihr Katholiken Bayerns, hört, wie und wo der Grund zu Eurer vorgetriebenen Inferiorität gelegt wurde! Auf dem schwächvollsten Blatt der Geschichte des katholischen Bayerns, das den Kirchenraub zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, seine Begründung und die Vorgänge bei seiner Ausführung meldet, steht auch die Aufhebung des Fürstbistums Würzburg und seine Einverleibung in Bayern verzeichnet.“

Es folgt sodann eine Darstellung jener historischen Ereignisse, die mit der Frage schlief: „Ist das nicht der größte Unfug, der in einem, wir wollen nicht einmal sagen: katholischen, sondern nur in einem geordneten Staate vorkommen kann? Ist das nicht himmelstreichend usw. usw.“

So lernt wenigstens auch wieder einmal ein Centrumsblatt die Reize unseres Preßgesetzes kennen.

Reichstags-Erfahrung in Aufwachs-Forscheln. Bei der durch den Tod des Centralverordneten Rechtsanwalt Vater im dritten oberfränkischen Reichstags-Wahlkreis notwendig gewordenen Erfahrung, die heute, Mittwoch, stattfindet, stehen sich diesmal fünf Parteien gegenüber: das Centrum, das den Würzburger Strecker aufgestellt hat, die Nationalliberalen, die den Großindustriellen Haber präsentieren, der Bund der Landwirte, als dessen Kandidat der Gutsbesitzer Beckh figurirt, der bayerische Bauernbund, dessen Erforscher der Delonon Wölfel ist, und endlich die Socialdemokraten, die den Genossen Deinhart kandidieren läßt. Bei der 1898er Wahl erhielten Lochner (natl.) 6045, Vaier (Centr.) 5218, Wärdel (fr. Sp.) 8228 und Wiemer (Soz.) 1488 Stimmen. Bei der Stichwahl siegte Vaier mit 8490 Stimmen, Lochner erhielt 8262 Stimmen.

Ausland.

Dänemark und Deutschland.

In einem der letzten Hefen der dänischen Zeitschrift „Tilskueren“ finden sich zwei von Politikern verschiedener Parteirichtung verfaßte Artikel, die darauf gerichtet sind, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland herbeizuführen. In beiden Artikeln wird die deutsche Socialdemokratie in erster Linie als derjenige Nachbarkandidat angesehen, der am ehesten geneigt ist, für ein solches, zweier Kulturvölker würdiges Verhältnis einzutreten.

Der Liberale Hffe Brledal weist in seinem Artikel zunächst darauf hin, daß in Nordschleswig, dem Gebiet, dessen Verlust die nationalgefömmten Dänen nicht verschmerzen können, eine stark gemischte, aus Dänen und Deutschen bestehende Bevölkerung vorhanden ist und daß, wie man auch in diesem Grenzgebiet die Landesgrenze festsetzen wollte, ein Teil der Bevölkerung sich als unter einer Fremdherrschaft stehend betrachten könnte. Dem entsprechend verzichtet Brledal selbstverständlich auf eine Veränderung der Landesgrenze und wünscht nur, daß Sprache und Sitten seiner Landsleute in Nordschleswig von den deutschen Behörden geachtet, die dänisch sprechende Bevölkerung nicht verfolgt werde. Die Gemeinsamkeit der Arbeit hat die Völler mehr und mehr gelehrt, das Polische in jenem „Nationalgefühl“ zu erkennen, das nur ein tönender Name für Herrschaft, Unterdrückungslust und Wackstügel ist. Die unerträglichen Pölle, die durch die ewige Kriegsbereitschaft notwendig würden, brächten überall dieselben Leiden über die Allgemeinheit, und das einzige Mittel, um die Kriegsgefahr zu beseitigen, sei Sicherheit in den internationalen Beziehungen, eine Sicherheit, die nur auf internationaler Grundlage beruhen kann.

In demselben Geiste ist der Artikel des Konservativen Dr. J. Oestrup gehalten. Auch er will ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland erstreben und auch er weist auf die deutsche Socialdemokratie hin.

Nach Oestrups Meinung soll die Annäherung auf handelspolitischen Wege durch Zollvereinfachungen für gewisse Industrieprodukte Deutschlands herbeigeführt werden. Als Gegenleistung, meint Dr. Oestrup, könnte Deutschland seinen Markt dem dänischen Speck und Fleisch öffnen. Aber Dänemark müßte den Anfang machen.

Die deutsche Socialdemokratie und das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit würde selbstverständlich gern diese Freundschaftsbedingungen annehmen. So lange aber die kulturfeindliche Sippe der Junker und Hurrapatrioten in Deutschland maßgebend ist, werden wohl leider diese praktischen und beiden Teilen zum Vorteil gereichenden Vorschläge vergeblich sein.

Frankreich.

Vom Kulturkampf.

Als die Schließung der Kongregationschulen angeordnet und in die That umgesetzt wurde, machten die Reaktionen die Regierung verantwortlich für die Folgen, die daraus entstehen müßten, daß die Jöglinge der Kongregationschulen nunmehr einen Unterricht nicht finden könnten. Und in der That, wäre es der Regierung nicht gelungen, in den öffentlichen Schulen genügend Platz für die Schüler der Kongregationschulen zu finden, so wäre das ein nicht ganz unberechtigter Einwand gegen die Schließung derselben gewesen. Diese Waffe ist den Regierungsgegnern jedoch aus der Hand genommen. Nach den Feststellungen des Seine-Präfekten wird die Unterbringung der Schüler, welche bisher die nunmehr geschlossenen Kongregationschulen besuchten, in Paris keinerlei Schwierigkeiten bereiten. Im Stadtgebiet von Paris wurden 16 Kongregationschulen, welche von insgesamt 8247 Schülern besucht waren, geschlossen. Die Schulverwaltung ist aber in der Lage, bei Beginn der Schule 4826 Schülern in den öffentlichen Schulen Aufnahme zu gewähren. In elf Vororten von Paris wurden dreizehn Schulen geschlossen. Ein Bericht des Ministeriums des Innern besagt, daß sämtliche Schüler der ehemaligen Kongregationschulen in den zur Zeit bestehenden öffentlichen Schulen Platz finden könnten.

Der Präfekt von Finistère hat in Saint Reen, de Folgoët, Lesneven, Landerneau, Crozon, den unruhigsten Kommunen in der Bretagne, Plakate anheften lassen, in welchen er die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt und diejenigen, welche die Rassen zum Widerstande aufreizen, auf die schwere Verantwortung aufmerksam macht, die sie auf sich laden.

In Morlaix (Departement Finistère) ist am Dienstag eine Compagnie des 118. Infanterie-Regiments mit aufgepflanztem Bajonnett und einem Beschluß eingetroffen, um die Schließung der dortigen geistlichen Niederlassung zu erzwingen. Anwesend war auch ein Polizeikommissar und die Gendarmen. Der Deputierte Graf de Mun und eine Menschenmenge hielten den Platz vor der Schule besetzt. Graf de Mun protestierte gegen die Schließungsdekrete, erklärte, die Bevölkerung wolle nicht gegen die Armeekämpfer und den Kommandeur der Truppen, das Bajonnett abnehmen zu lassen. Der Kommandeur kam dem Wunsche des Grafen nach und die Truppen zogen sich, während Hochrufe auf das Heer erklangen, von den Eingängen der Schule zurück. Graf de Mun öffnete dann selbst die Thüren der Schule und bat die Schwwestern, der Gewalt zu weichen. Nach Besetzung des Dekrets legte der Polizeikommissar die Siegel an. Die Nonnen begaben sich unter lebhaften Hochrufen der sie begleitenden Menge nach der Kirche.

Von nationalisistischer Seite wird gemeldet, daß Ministerpräsident Combes dem Präfekten des Departements Finistère, Colignan, telegraphisch seinen Tadel ausgesprochen habe, weil er den Vorschlag des Senators Admiral de Cuverville, betreffend Verfassung an den Staatsrat entgegengenommen und durch seine Politik die Anwendung des Gesetzes verhindert habe. Combes habe sogar die Absicht gehabt, den Präfekten abzusetzen und diese Absicht nur deshalb aufgegeben, weil er unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen kaum einen Ersatzmann gefunden hätte.

In Dreß sind Truppen bereit gestellt, um bei der Schließung der letzten Schulen, bei denen der Widerstand am heftigsten ist, behilflich zu sein. Die Zahl der letzteren beläuft sich im ganzen noch auf 10-15. In Roscoff wurden die Truppen beinahe überempelt und der Kommandant hatte bereits Befehl gegeben, das Seitengewehr anzupflanzen und gegen die Menge vorzugehen. In diesem Augenblick erichien Graf de Mun und erwiderte den Abzug der Ordensschwwestern. In Carantec hatte man Feuerstrijen in die Schulen gebracht und die Gendarmen wurden mit Wasserstrahlen empfangen. In St. Jean wurden zum zweitenmal die Siegel von den Ordenschulen abgerissen und die Schwwestern wiederum in die letzteren gebracht.

Die militärischen Kosten für die Kolonien, die seit 1860 von 62 Millionen Frank auf 116 Millionen Frank im Jahre 1902 angewachsen sind, beginnen Frankreich äußerst drückend zu werden. Man diskutirt allerhand Sparprojekte, durch die die enormen Ausgaben verringert oder doch — verschleiert werden sollen. Denn auf eine Verschleierung würde es nur hinauslaufen, wenn, wie das eine Projekt will, für die nächste Zeit das Kolonialbudget in zwei Teile getrennt würde, in ein „außergewöhnliches, provisorisches Budget“, in das die einmaligen Ausgaben, wie für Wänten, Wästenbeschaffung, Arsenal-einrichtung usw. aufgenommen werden sollen, und ein „gewöhnliches Budget“, das unter solchen Umständen um die in dem provisorischen Budget rubrizierten Positionen reduziert werden könnte. Eine wirkliche Reducierung des Kolonialbudgets würde diese doppelte Quasiführung nicht bedeuten. Einen besseren Vorschlag macht der „Temps“, der empfiehlt, durch Aufhebung von Garnisonen, die in vielen kleinen Kolonien unterhalten werden, Ersparnisse zu erzielen. Freilich würde auch diese relativ geringfügige Ersparnis durch allerlei „einmalige“ Ausgaben, die freilich wegen der periodischen Wiederkehr kolonialer Abenteuer diesen Namen kaum verdienen, mehr als aufgewogen werden. Die Annahme, daß die Periode der militärischen

Operationen in der französischen Kolonialpolitik beendet sei und es sich jetzt um die Schaffung eines billigeren Verteilungssystems handle, ist denn doch allzu optimistisch. Die Welt- und Kolonialpolitik ist nun einmal ein losstijteliger und für die steuerzahlende Masse des Volkes unrentabler Sport.

Italien.

Die Agitation gegen das Urteil des Bologneser Gerichtshofes wider Valigzolo wird fortgesetzt. De Sera, Präfekt von Messina, der sich an die Spitze der Protestbewegung gestellt hatte, ist nach Rom berufen, um sich vor der Regierung zu verantworten.

England.

Irlands Protest.

London, 11. August. (Fig. Ver.) Am Krönungstage waren die parlamentarischen Vertreter Irlands im Stadthause zu Dublin versammelt, um gegen die englische Herrschaft zu protestieren. Die Reden von J. Redmond und J. Dillon fanden Ausbruch in der folgenden Resolution: „Da die herrschenden Klassen Englands die Krönung dazu benutzen, mit der Einheit und Solidarität des Weltreiches zu prahlen, halten es die parlamentarischen Vertreter von fünf Sechstel Irlands für ihre Pflicht, zu erklären, daß Irland — unzufrieden und feindlich — der Krönung feier seiner heillosen Unterdrücker durchaus fern steht. Es kann keinen Anteil nehmen an den Freuden derjenigen, die unsre Verfassung und Legelatur vernichten, unsre Bevölkerung durch Hungersnot declimiert und Millionen unsrer Brüder und Schwestern in die Fremde getrieben haben.“

Englische Richter auf Gibraltar. Seit Wochen ist, wie bekannt, in Gibraltar ein Streik der Kohlenträger im Gange. Gelegentlich dieses Streiks sollen sich einige Kohlenträger der böswilligen Körperverletzung, begangen an dem Sekretär des Unternehmersverbandes, schuldig gemacht haben. Der Angeklagte Martinez wurde zu 2 Jahren Zwangsarbeit verurteilt; die andren Angeklagten wurden freigesprochen. Der Richter ist der juristische Berater des Gouverneurs Sir Georg White, der sich sehr parteiisch gegen die Streikenden verhalten und der Sohn eines durch den Streik stark in Mitleidenschaft gezogenen Kohlenhändlers. In England selbst würde unter solchen Umständen das Urteil zu einer entschiedenen Protestbewegung Anlaß geben.

Amerika.

Die imperialistischen Gellisse Amerikas scheinen durch die kolonialen Eroberungen ins Uferlose gesteigert worden zu sein. Trotzdem Amerika auf den Philippinen noch alle Hände voll zu thun hat, macht bereits ein Teil der Presse Stimmung für neue Kolonialerwerbungen. Das „Bureau Loffan“ meldet:

Die beständige Inanspruchnahme der Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten zwecks Schutzes der amerikanischen Interessen in den verschiedenen mittelamerikanischen Häfen, welche in die andauernden Kämpfe in Venezuela, Columbia und Haiti in Mitleidenschaft gezogen sind, geben der amerikanischen Presse zu scharfer Kritik der in diesen Staaten herrschenden Zustände Anlaß. Das Blatt „Mail and Express“ schreibt: „Es tritt täglich klarer zu Tage, daß Amerika sich schließlich einmischen müssen wird, um diesem anarchischen Töben ein Ende zu machen. Wir erheben auf die Vorrechte Anspruch, welche in der Monroe doktrin niedergelegt sind, wir können uns aber auch nicht den Pflichten entziehen, welche sich logisch aus diesen Rechten ergeben. Die „Evening Sun“ sagt mit Bezug auf die anarchischen Zustände in Haiti: „Wenn das Volk von Haiti keine Regierung ertichten kann, welche im Stande ist, die Ordnung zu wahren und die Fremden zu schützen, wird Amerika dies übernehmen müssen.“

Vom venezolanischen Kriegsschauplatz. Ein Telegramm aus Port of Spain besagt: Das Geschick, das zur Eroberung von Barcelona führte, begann am 8. August. Am 6. drangen die Aufständischen in die Stadt ein, unterhielten das Feuer Tag und Nacht und zerstörten die Gebäude, so weit sie vorgeeilt waren. Am 7. August hatten die Aufständischen zwei Drittel der Stadt in ihrem Besitz. Am 8. August ergaben sich die Regierungstruppen. Unter den Gefangenen befanden sich der Präsident des Staates Barcelona Barreno, der Führer der Regierungstruppen, 8 Generale und 23 Obersten. 167 Mann auf beiden Seiten sind gefallen. Die Häuser wurden geplündert. Harmlose Frauen und Kinder wurden mißhandelt oder getötet. Die Wäden wurden ausgeraubt, insbesondere diejenigen der Fremden. Das französische Konsulat wurde genommen. Das amerikanische, italienische und holländische Konsulat wurden geplündert. Die Konsuln verlangen Kriegsschiffe.

Eine Landung deutscher und amerikanischer Mannschaften soll auf Haiti zum Schutze der dortigen Staatsangehörigen dieser Länder bevorzugen. Auch wird die Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffes vor Haiti für notwendig erklärt. Inwiefern es dieser Maßnahme bedarf, läßt sich schwer beurteilen. Das Gute an der Sache ist, daß Amerika allzu weitgehende Maßnahmen Deutschlands nicht dulden wird.

Partei-Nachrichten.

Unre Differenz mit der polnisch-socialistischen Partei in Oberschlesien giebt der „Post“ Anlaß zu einem kornischen Vergleich dieser Vorgänge mit der preussischen Polenpolitik; sie meint, wir wären nun nicht mehr berechtigt, die staatliche Bekämpfung des polnischen Nationalismus als Tyrannus zu bezeichnen. Die „Post“ muß doch die richtige Kennzeichnung der Polnischen Koninksmethode sehr peinlich empfinden, daß sie sich so krampfhaft bemüht, aus das Recht zu dieser Kritik abzustreiten. Der Vergleich der „Post“ ist natürlich unflimm. Unre Differenzen mit den polnischen Socialisten haben nicht das geringste zu thun mit der preussischen Gewaltpolitik, die auf eine rücksichtslose Ausrottung der polnischen Nationalität hinausläuft; wir erkennen das Recht der Nationalität unbedingt an.

Aus Düsseldorf erhalten wir von dem Genossen Wasser eine längere Zuschrift des Inhalts, daß er nie daran gedacht habe, die von ihm verwalteten Parteigeldsäcke als sein persönliches Eigentum zu reklamieren, es handle sich nur um die ordnungsgemäße Abwicklung der Geschäfte. Die Angaben Wässers werden von mehreren Vertrauensleuten bestätigt. Wir hatten unsre Augen dem dortigen Parteiblatt entnommen.

Der Kommunist Henry Champy ist in Paris gestorben. Er ist im Jahre 1845 geboren und wurde Metallweingoldler. Im März 1871 wurde er mit 11 000 Stimmen in die Pariser Kommune gewählt. Unter der Kommune wurde er dem Handelsministerium zugeteilt, kämpfte bis zum letzten Moment gegen die Verfallenen Truppen, wurde gefangen genommen und vor das Kriegsgericht gestellt. Dies verurteilte ihn zur Deportation nach Neu-Kaledonien. Nach seiner Rückkehr nach Frankreich beteiligte er sich sofort wieder an dem Aufbau der socialistischen Arbeiterpartei und hat bis zuletzt für die Sache des Proletariats gekämpft.

Gewerkschaftliches.

6. Verbandstag der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Offendach a. M., 12. August. Die Diskussion des Berichtes des Vorsitzenden wird fortgesetzt und sprechen dazu noch vier Redner. R. J. L. e. r. - Altkenburg berührt den Standpunkt, daß, weil man keine Untersuchung bei Maßfest-Maßregelungen zahlen könne, auch keine Propaganda für diese Feler im „Proletarier“ treiben solle, der Konsequenzen wegen. Strech-Offenbach erklärt demgegenüber, daß wenn es als Pflicht betrachtet werde, am 1. Mai zu feiern, man auch für die Mittel sorgen solle, die Maßregelungen zu verhindern. Er erwidert ausführlich in seinem Schlußwort auf alle dem Vorstande gemachten Vorwürfe. Bezüglich der Maßfest sei er

der Meinung, daß es für die Gewerkschaften unmöglich sei, für die Opfer der Meißner einzutreten. Andersfalls müsse man Mittel hierzu beschaffen. Liegen diese Forderungen nicht nach, würden die Parteitage wohl eine Korrektur der Meißner-Beschlüsse vornehmen müssen. Eine moralische Verpflichtung hätten wir nicht, da die Forderungen zur Meißner im Verbandsorgan mit der weisen Mäßigung erfolgt seien, wie sie durch die Parteitage-Beschlüsse anempfohlen sei.

Der Wunsch der Frau Joch, alle 19 Bauvorsätze zu besolden, sei nicht durchführbar; auch dürfe man unter den Landarbeitern keine trügerischen Hoffnungen erwecken, da diese oft glauben, von heute zu morgen ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Organisation verbessern zu können. Eine impulsive Bewegung unter den Landarbeitern, gerichtet auf die Gewerkschaftsbewegung, halte er in Deutschland nicht für möglich, weil diese Kreise ansehnlich in solchen Sachen denken und weil diesem Streben auch mancherlei gesetzliche Bestimmungen hindernd im Wege ständen.

Bei der Abstimmung der einzelnen Anträge, die zum Bericht des Vorsitzenden gestellt waren, wird zuerst ein Antrag Rigdors angenommen: Der Verbandstag soll Stellung nehmen zum 1. Mai. Eine Abstimmung über einen Antrag Wolfenbüttel betr. Unterfertigung der Opfer des 1. Mai wird zurückgestellt bis nach der Erledigung des Punktes „Arbeitslosen-Unterstützung“. Ein Antrag, eine bessere Einteilung der Gasse vorzunehmen, wird einstimmig abgelehnt.

Folgender Vorstandsantrag findet Annahme: Die Bauvorsätze sind verpflichtet, alle Halbjahre einen Bericht über ihre Tätigkeit dem Vorstand einzufenden. Diesem Bericht ist anzuschließen eine Abrechnung über Gesamteinnahme und Gesamtausgabe des Gauses. Dieser Abrechnung sind alle Quittungen und Belege beizufügen. Nicht-Einsendung dieser Berichte und Abrechnungen hat Verweigerung der Geldüberweisung und Zuschüsse zur Folge. Quittungen und Belege sind auf Verlangen wieder zurückzugeben. Verschiedene Anträge auf Anstellung besoldeter Gauvorsitzende und ähnlichen Charakters werden einer neungliedrigen Kommission zur Vorprüfung überwiesen. Andere Anträge auf Stellung von Referenten und Herausgabe eines Beschlusses für die weiblichen Arbeiter werden dem Vorstand zur Erwägung überwiesen. Angenommen wird ein Antrag Köhler-Altenburg, daß Zahlstellen über 100 Mitglieder in der Regel für örtliche Agitation freie Mittel aus der Gaukasse erhalten sollen. Die Herausgabe eines Flugblattes, welches die Mitglieder über die Aufgaben und die Tätigkeit der Fabrikinspektoren aufklärt, wird abgelehnt.

Eine lebhafteste Aussprache entfesselt nach der Antrag der Frau Joch, unter den Landarbeitern und Arbeiterinnen eine lebhafteste Agitation zu entfalten.

In der Debatte wird getraut vor schablonenmäßiger Handhabung der Agitation und auf die Schwierigkeit derselben in Schlesien und unter den ostpreussischen Gutshausbesitzern hingewiesen. Die Antragsstellerin wendet sich gegen den von Wrey in dieser Frage an den Tag gelegten pessimismus, der nicht angebracht sei. Wolle man nichts thun, dann müsse man die Bezeichnung „Landarbeiter-Verband“ streichen. Wollte die Generalkommission unter den Landarbeitern agitieren, dann könne sie ja auch Zuschüsse geben. Wrey hat keine Angstmeierei treiben wollen, sondern hat nur seine gemachten Erfahrungen zum besten gegeben, wozu er sich für berechtigt halte.

Der Antrag Joch wird dann einstimmig angenommen. Dann wird nochmals debattiert über die erhöhte Beitragszahlung der Bauarbeiter im Fabrikarbeiter-Verband. Schließlich werden alle darauf bezüglichen Anträge abgelehnt.

Nachdem noch einige Anträge, die kein allgemeines Interesse haben, erledigt waren, kommt man zur Debatte über den Bericht des Kassierers, die einen mehr informatorischen Charakter trägt. Es wird sowohl dem Vorstand als auch dem Ausschuss Decharge erteilt. Zum Schluß der Sitzung ehrt der Verbandstag das Andenken Max Regels nach einem kurzen Nachruf des Vorsitzenden Wrey durch Erheben von den Plätzen.

Deutsches Reich.

Rot macht erfindlich. In Erfurt streiten bekanntlich die Formner bei der Firma Otto Schwade u. Co. Da nun die Firma keine Arbeitswilligen fand, wandte sie folgendes Mittel an. Es wurde in einigen auswärtigen Zeitungen inseriert, angeblich suchte man Gießermeister. Wer sich meldete, erhielt folgendes Brief:

„Wir erhielten Ihre Offerte auf unser Inserat und teilen Ihnen hierdurch mit, daß es zur Zeit bei uns nicht um Befetzung einer Meisterstelle handelt, sondern daß wir Formnermeister und Sorarbeiter, welche sich zur Zeit außer Stellung befinden, zum Mitarbeiten einstellen wollten, die dieselben eine passende Stellung als Formnermeister gefunden haben. Die Verhältnisse, welche uns zu diesem Schritt veranlassen, sind kurz folgende:

In unserer Gießerei wurde bis zu Anfang vorigen Jahres nur in Lohn gearbeitet, da sich die hiesigen Formner auf Accord nicht einlassen wollten, da wir jedoch hierbei seit Geld zusetzen, mußten wir auf Annahme der Accordarbeit dringen, was uns schließlich gelang. Seit dieser Zeit aber haben einige Wortführer unter unseren Formnern fortgesetzt Unzufriedenheit zu stiften gesucht und haben wir uns gestern veranlaßt, die Formner nach Hause zu schicken und dafür neue einzustellen. Nun wird uns dies vielleicht nicht sofort gelingen, und glauben wir mit unserer Anfrage auch gleichzeitig Ihnen eine geeignete Stellung bieten zu können, da Sie zur Zeit in der Gießerei nur mit Leuten zusammen zu arbeiten brauchen, welche selbst bessere Stellen bereits bekleidet haben. Unseren besten Formner verdienen bei 60stündiger Arbeitszeit 35—40 M. im Accord durchschnittlich per Woche, so daß Sie jedenfalls Ihr gutes Auskommen bis zu der Zeit finden werden, bis Sie eine passende Stelle als Gießermeister gefunden haben. Sie würden also Ihren Meistertitel hier bei uns ruhig beibehalten können, und würden auch die Arbeiten von unserem Betriebs-Ingenieur selbst zugeteilt erhalten. Auch würden wir es uns angelegen sein lassen, Ihnen bei Gewerbung als Gießermeister in jeder Weise behilflich zu sein. Für uns handelt es sich aber nicht etwa um eine kurze Ausbittlungszeit von 8 Tagen, sondern wir nehmen an, daß wir Ihnen auf Wunsch während des ganzen kommenden Winters Beschäftigung bieten würden, so lange Sie eben sich nicht anderweit verbessern können. Ihre Beschäftigung könnte natürlich speziell in Ihrem Interesse nur ohne Kündigung erfolgen, damit Ihnen der Austritt jederzeit freisteht. Wir ersuchen Sie, uns umgehend Mitteilung zugehen zu lassen, ob Sie mit unserem Anerbieten einverstanden sind und zeichnen

Schachthausbohl
Otto Schwade u. Co.

Als selbstverständlich setzen wir voraus, daß Sie einer Formner-Organisation nicht angehören.

Bedor Sie nach hier kommen, wollen Sie erst unsere bestimmten Bescheid abwarten.

D. O.“
Inbrünstig genug ist diese Werbung, das muß man sagen. Aber Erfolg wird sie nicht haben. Die Lodungen des Unternehmers werden nicht im Stande sein, die Werkstatt mit Arbeitswilligen zu füllen. Die Thatsache, daß der Unternehmer gezwungen ist, zu solchen Mitteln zu greifen, beweist, wie herrliche Blüten der Solidarität und des Klassenbewußtseins durch die aufklärerische Arbeit der Organisation gezeitigt werden. Es muß nämlich in Betracht gezogen werden, daß in der betreffenden Branche viele hundert Arbeitslose vorhanden sind, die aber gar nicht daran denken, Streikbrecher zu werden, die lieber weiter hungern, als ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen.

Die Lohnbewegung der Maurer in Köln nimmt einen für die Arbeiter recht günstigen Verlauf. Eine bedeutende Zahl namentlich der größeren Unternehmer haben die Forderungen bewilligt. Die Bauhilfsarbeiter wollen sich der Bewegung der Maurer anschließen und gleichfalls den Befestigungstag sowie eine Lohnhöhung fordern.

Mahregung organisierter Metallarbeiter. Bei der Firma Lindner in Halle wurden durch Aufschlag die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aufgefordert, bis Donnerstag ihren Austritt aus der Organisation zu bewirken oder das Arbeitsverhältnis zu lösen. Am Freitag soll dann eine Liste

erstellten, worin sich diejenigen einzeln sollen, die sich verpflichten, keiner Organisation mehr anzugehören. Auf Grund dieses Aufschlages haben bereits einige Schmiede das Arbeitsverhältnis gelöst.

Solche verwerflichen Gewaltmaßnahmen gegen die Organisation beweisen jedenfalls, daß die letztere im Interesse der Arbeiter gewirkt hat.

Bei der Offenbacher Aktiengesellschaft für Schriftdruckerei und Maschinenbau stehen seit Montag die Schlosser, Dreher und Hobler im Streit. Ausständig wurden 48 Mann, von denen bis jetzt 4 anderweit untergebracht wurden. Wenn der Bezug ferngehalten wird, hoffen die Streikenden auf günstigen Verlauf ihres Kampfes. Der Gewerbe-Inspektor versuchte eine Einigung herbeizuführen, es wurde ihm aber bedeutet, daß die Firma keine weiteren Unterhandlungen wünscht.

Gewerkschaften als Aktionäre. Bekanntlich ist der Centralverband der Hefen-, Transport- und Verlehrsarbeiter schon seit Jahren im Besitz von Aktien der Großen Berliner Straßenbahn. Kattlich hat der Verband die Aktien nicht erworben, weil er nach Dividenden liehert, sondern er ging unter die Aktionäre, um in deren Generalversammlungen durch seine Vertreter mitzureden. Das Beispiel scheint auch bei anderen Gewerkschaften Anklang gefunden zu haben. Die Rheinberger Zahlstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat Aktien der Schindler-Gesellschaft erworben, und wird auf Grund dieses Besitzes den Genossen Adolf Braum mit der Vertretung der Arbeiterinteressen auf der Generalversammlung der Gesellschaft betrauen.

Ein katholisches Arbeitersekretariat soll für die Dekanate Hagen, Herlos, Aensberg und Siegen eingerichtet werden. Die Aufgaben des Sekretariats werden wie folgt bezeichnet: Religiöse Einwirkung auf die katholischen Arbeiter, politische Schulung derselben im Sinne des Centrums, Förderung der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Tätigkeit in den Vereinen, Vermittlung des Verkehrs der Arbeiter mit den Gewerbe-Inspektoren, Tätigkeit bei Wahlen zu Gewerbeämtern, Obliegenheiten eines Volksbureaus, wie Auskunftsverteilung in Arbeiter-versicherungs-Angelegenheiten.

Als die religiöse Einwirkung und die politische Schulung im Sinne des Centrums sind die Aufgaben, welche dies „Arbeitersekretariat“ in erster Linie zu erfüllen hat. Es ist der reine Humbug, wenn sich solche Institution als eine gewerkschaftliche bezeichnet. Nicht mit einem Arbeitersekretariat haben wir es hier zu thun, sondern mit einer Agitationsanstalt des Centrums, der Partei, welche wie keine andre die Arbeiter hinter das Licht führt.

Ausland.

Der Streik der galizischen Landarbeiter.

Aus Lemberg wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: Aus Jablonowka (Bezirk Kamionka), wo Graf Rasimir Badeni begütert ist, wird folgende für die galizischen Verhältnisse bezeichnende Thatsache gemeldet: Als Bauern von Toporow, Nivka und Trojca nach Krassie gingen, wurden sie in Jablonowka von Gendarmen und Soldaten angehalten und auf den Hofhof gebracht. Dort wurde das Thor abgesperrt und die Bauern mußten arbeiten. Graf Badeni ist mächtig. In Jablonowka verlangen die Bauern nicht nur eine Lohnhöhung, sondern auch die Verpachtung der herrschaftlichen Weide, die sie für ihr Vieh brauchen, die ihnen aber die Gutsverwaltung nie verpachten wollte. Auch in Czanyh beim Grafen Stanislaus Badeni verlangen die Bauern, daß man ihnen die Weide verpachte. Gendarmen gehen in Toporow und Czanyh zu den Bauern in die Häuser und reden ihnen zu, die Arbeit wieder aufzunehmen; bis jetzt allerdings ohne Erfolg.

„Wolfs Telegraphenbureau“ berichtet aus Lemberg, 12. August: Mit der zu Ende gehenden Ernte legt sich der Feldarbeiter-Konflikt in den meisten Auslandsbezirken. Außer in einigen vereinzelten Gemeinden dauert die Bewegung nur noch in dem Bezirk Kamionka fort. Doch hat sich auch hier die Lage allmählich gebessert.

Die Föderation der Trades Unions hielt ihre Jahreskonferenz in Bristol ab. Nach dem Bericht zählt die Föderation 77 Gewerkschaften mit 419 000 Mitgliedern. Die Einnahmen betragen 29 963 Pfd. Sterl., die Ausgaben 9957 Pfd. Sterl. Die ausgesparten Vergleiche Lord Pembury wurden mit 3685 Pfd. Sterl. unterzogen. Der Bericht giebt auch eine Zusammenfassung der internationalen Konferenz, die bei Gelegenheit des Kongresses der deutschen Gewerkschaften in Stuttgart tagte. In seiner Eröffnungsrede wies Genosse Pete Curran auf die Notwendigkeit der internationalen Organisation der Arbeiter hin, um sich von dem internationalen Kapitalismus nicht überlassen zu lassen. Die Konferenz beschloß sich hauptsächlich mit dem Ausbau der Föderation. Der Antrag auf Herausgabe eines Gewerkschaftsblattes wurde als verfrüht bezeichnet. Die nächste Konferenz soll nach Dublin einberufen werden.

Der Streik der Straßenschreiber von Genua ist beendet, nachdem die Unternehmer, welche die städtische Straßeneinigung in Regie haben, die Forderungen der Ausständigen teilweise bewilligten. Die Arbeitszeit wird um 2 Stunden (auf 10 Stunden) reduziert. Die Arbeiter erhalten 30 Cts. Lohnhöhung; an Sonn- und Festtagen erhalten sie 2 Stunden frei. Außerdem haben die Unternehmer für später ausbrechende Differenzen die Arbeitskammer anerkannt.

Die Eisenhauer in Rotterdam sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie wollen einen Minimallohn von 25 Cent per Stunde allgemein einführen. Bei zwei Firmen mit 58 Arbeitern wurde die Arbeit bereits niedergelegt.

Die Arbeiter der Carbide- und der Glanzfabrik in Alby (Schweden) haben wegen Lohnreduktionen die Arbeit niedergelegt. Von den Leitern der beiden Fabriken, die einer Aktiengesellschaft gehören, werden große Anstrengungen zur Amverbung von Streikbrechern gemacht.

Aus Industrie und Handel.

In dem Bezug ober-schlesischer Kohlen durch die Hamburg-Amerika-Linie wird der „Vossischen Zeitung“ aus Essen berichtet: In den Streifen der Rechenbeilage giebt man zu, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien daran gescheitert sind, daß bezüglich der Höhe der Preise und Bezüge der Kohlen eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Das Kohlen-syndikat wollte nur eine ganz geringe Preisermäßigung und zwar auch nur in dem Maße eintreten lassen, wenn die Hamburger Gesellschaft ihr Bezugsquantum bedeutend erhöhen werde. Hierzu wollte die letztere sich nicht verstehen, da ihr Bedarf an Ruhrkohlen nicht gestiegen ist. Uebrigens zahlt auch der Norddeutsche Lloyd, der bedeutend mehr Kohlen aus Westfalen bezieht als die Hamburger Gesellschaft, den Preis, den das Syndikat von der Polet-fahrt verlangt hatte. Wohl hauptsächlich mit Rücksicht hierauf hat das Kohlen-syndikat sich zu einer weiteren Preis-loungession nicht verstehen wollen. Anstatt einzusehen, wohin die ver-lehrte Politik einer unnatürlichen Hochhaltung der Preise führen muß und bereits geführt hat, giebt man sich in Syndikatskreisen der Hoffnung hin, daß die Verbindung zwischen den schlesischen Kohlen-gruben und der Hamburger Polet-fahrt-Gesellschaft nicht von langer Dauer sein werde, da die schlesische Kohle den mit mehrmaligen Umladungen verbundenen weiten Transport nicht werde vertragen können.

Zur Krise in der Kali-Industrie wird der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ aus Stahlfur-Leopoldsdahl geschrieben: Es schien, als sollten der Kali-Vergang und die zu ihm ge-hörenden chemischen Fabriken gänzlich von der Krise verschont bleiben. Bis April d. J. wurde auf den Werken noch voll gearbeitet, Uebersichten und Sonntagsarbeiten wie zur besten Zeit waren auf den einzelnen Werken noch üblich. Gegen Ende April änderte sich das Bild gän-zlich. Feiertagen wurden eingelegt, umfangreiche Arbeiter-entlassungen traten ein. Allein der preussische Bezirk, der größte

fliegliche Werkbesther, hat bis jetzt 350—400 Arbeiter entlassen. Die sehr bedeutenden Soltau-Werke in Verbnrg nahmen in den vorigen Wochen ebenfalls bedeutende Arbeiterentlassungen vor, was die dortige Arbeiterkraft in große Verärgerung verlegt hat. Eine Arbeiterversammlung hat beschlossen, den Verbnurger Magistrat um Intervention bei der Werkverwaltung anzufragen, um sie zu bewegen, keine weiteren Entlassungen mehr vorzunehmen. Die Löhne der Kalifabrik-Verleute sind namhaft reduziert worden; auch die Fabrikarbeiter wurden von Lohnherabsetzungen betroffen. Die Reduzierungen bewegen sich zwischen 10 bis 30 Proz., unterschiedlich je nach Größe bezw. Fabrik und Arbeitsort. . . . Fabriken, die noch vor kurzer Zeit in Doppelschichten arbeiteten, lassen jetzt nur noch einfache Schichten abmachen. Hunderte von Berg- und Fabrikarbeitern sind arbeitslos und klopfen vergeblich um Beschäftigung an.

Der Schiffbau liefert, getrieben durch die Anforderungen der konkurrierenden großen transatlantischen Reedereien, immer größere Dampferkolosse. Während noch vor wenigen Jahren Handelsdampfer von 10 000—12 000 Brutto-Registertonnen eine Seltenheit waren, besitzt die deutsche Handelsmarine zur Zeit 12 Dampfer, deren Tonnage 12 000 Registertonnen übersteigt. Wenn der im Bau befindliche Lloyd-Dampfer „Kaiser Wilhelm II.“ vollendet sein wird, hat die deutsche Dampfschiffslotte einen Schnelldampfer von ca. 20 000 Registertonnen brutto. Bis dahin steht in seinen Abmessungen der Schnelldampfer „Deutschland“ der Hamburg-Amerika-Linie mit 16 502 Tonnen an der Spitze aller deutschen Schiffe. Zwei Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd, der „Kronprinz Wilhelm“ von 14 908 Tonnen und der „Kaiser Wilhelm der Große“ von 14 349 Tonnen, schließen sich der „Deutschland“ an. Dann folgen unmittelbar mit 13 424 bis 13 193 Tonnen die vier Passagier- und Frachtdampfer der P-Klasse der Hamburg-Amerika-Linie, „Vaterica“, „Pennsylvania“, „Vetoria“ und „Graf Waldersee“. Fast so groß wie der letztere ist der Reichspostdampfer „Großer Kurfürst“ des Norddeutschen Lloyd, 13 182 Tonnen. Mit 12 480 Tonnen folgt der Schnelldampfer „Kaiser Friedrich“, Eigentum der Elbinger Werke von Schichau, und mit je 12 335 Tons machen die beiden neuen Schwesterschiffe der Hamburg-Amerika-Linie, die Postdampfer „Moltke“ und „Blücher“, den Beschluß der 12—20 000 Tonnen großen Dampfer der deutschen Handelsmarine.

Aus der Frauenbewegung.

Der Kampf um Bürgerrecht.

Fräulein Lida Gustava Heymann in Hamburg hatte, fuhend auf den Wortlaut des Bürgerrechts-Gesetzes, um die Erteilung des hamburgischen Bürgerrechts nachgehakt, ist aber sowohl von der Aufsichtsbehörde für die Standesämter als auch vom Senat abschlägig beschieden worden. Der Senat sagt in seiner Antwort auf die Beschwerde:

„Daß die Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen sei, da die bis zum Jahre 1884 zulässig gewesene Verleihung des Bürgerrechts an weibliche Personen durch § 6 Absatz 2 des Gesetzes betreffend die Staatsangehörigkeit und das Bürgerrecht vom 7. November 1864, in notwendiger Folge der gleichzeitigen Beschränkung des Bürgerrechts auf politische Rechte und Pflichten als gegenstandslos ausgehoben ist und durch das Gesetz, betr. die hamburgische Staatsangehörigkeit und das hamburgische Bürgerrecht, vom 2. Nov. 1898, die Zulassung weiblicher Personen zum Erwerb des Bürgerrechts wieder erfolgt noch bekräftigt ist. Klümann.“

Die Empfängerin zog aus diesem Bescheide die Folgerung, daß sie zur Leistung von Bürgerpflichten ferner nicht herangezogen werden könne. Sie hat daher unter Vernehmung auf den Senatenscheid bei der Einkommensteuer der Finanzdeputation beantragt, ihren Namen aus der Stenckliste des hamburgischen Staates zu streichen und ihr den für 1902 grundlos bezahlten Betrag zurückzubekommen. Mit der gleichen Forderung hat eine andre Hamburgerin die ebenfalls auf ihr Gesuch um das Bürgerrecht erhaltene Abweisung beantwortet.

Als Kuriosum ist der Fall ganz interessant und die Tapferkeit der beiden Damen ganz anerkennenswert; aber selbst wenn sie mit ihrem Vorgehen Erfolg haben sollten — wir lernen die hamburgischen Gesetze nicht genau genug, um darüber eine Vermutung äußern zu können — so hätte das doch für den Kampf um die politische Gleichberechtigung der Frau nicht die geringste Bedeutung. Im Verwaltungsverfahren kann sich eine unterdrückte Klasse nicht ihre Befreiung erkämpfen.

Protestversammlung städtischer Arbeiter

In einer sehr stark besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus wurde seitens der städtischen Arbeiter nach einem Referate des Genossen Schubert folgende Resolution angenommen:

Die heute im Gewerkschaftshaus verammelten städtischen Arbeiter erklären sich mit den Ausführungen des Verbandssekretärs Schubert einverstanden. Sie protestieren energisch gegen die seitens der Stadtwerk-Direktion erlassene Verfügung, nach der Arbeiter, welche länger als 4 Wochen krank sind, entlassen werden. Möge diese Verfügung — nach den Versicherungen der Direktion — auch nur rein verwaltungstechnischen oder rechtlichen Gründen entspringen sein, so ist sie doch geeignet, der persönlichen Willkür und eigenartigen Interpretation nicht allein unterer Vorgesetzter, sondern auch der Betriebsleitung den weitesten Spielraum zu gewähren.

Die Versammelten beauftragen die Ausschussmitglieder der Stadtwerk, Ratenerwähler, Revisionsinspektionen, Monteur usw. bei der zuständigen Deputation um sofortige Zurückziehung der Verfügung vorzulegen zu werden, damit dieser gegen Moral und Sitte verstoßende Zustand beseitigt werde.

Sollte die Deputation wider Erwarten nicht geneigt sein, dies zu thun, so wird die Berliner Ortsleitung beauftragt, gemeinsam mit allen Arbeiterausschüssen beim Magistrat und Stadtverordneten dahin zu wirken, daß diese unschädliche Verfügung aufgehoben wird.

Ein näherer Bericht folgt morgen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Vom Kulturkampf.

Yhon, 13. August. (W. Z. B.) Ein Beschluß des hiesigen Appellationsgerichtshofes erklärt die **Anlegung von Siegeln an die Schulen** der Schwestern von Saint Charles für ungesetzlich und verfügt die **Abnahme der Siegel**.

Concarneau, 13. August. (W. Z. B.) Die Schulen in Concarneau und Bezec wurden heute vormittag ohne Zwischenfälle geschlossen. Zu Gunsten der Schwestern fanden Kundgebungen statt.

Forchheim, 13. August. (W. Z. B.) Bei der heutigen Reichstags-Ergebniswahl in dem Wahlkreise Forchheim-Kulmbach erhielten nach den bis abends 9 Uhr festgestellten Ergebnissen **Faber** (nationalliberal) 1296 Stimmen, **Teubhardt** (socialist) 790 Stimmen, **Weinböck** (Bauernbund) 423 Stimmen und **Jöllner** (Centrum) 161 Stimmen.

Rathenow, 13. August. (W. Z. B.) Wie das Rathenower Kreisblatt meldet, fuhr gestern Abend auf der Eisenbahn-Station **Gros-Wudike** ein Güterzug so heftig gegen den Wehldock, daß die Wagen ineinandergeschoben und beide Geleise gesperrt wurden. Auf den Trimmerhaufen fuhr gleich darauf ein Personenzug auf und entgleiste. Personen wurden nicht verletzt; der Sachschaden ist aber nicht unerheblich.

Hamburg, 13. August. (W. Z. B.) Zu dem **Untergang des „Primus“** berichtet der „Hamb. Korrespondenz“ die Mittelung, daß gegen den Spruch des Seemanns beim Ober-Seemanns Revision eingelegt worden sei, beruht auf einem Irrtum. Da das Seemann keine Anträge auf Bestrafung gestellt hat und mithin auch keine Bestrafung erfolgte, so ist die Sache vor den Seemannern endgültig abgethan. Das Seemann hat nach breiterer Verhandlung beiden Schiffsführern die Patente wieder ausgehändigt. Die weitere Verfolgung der Sache ruht nunmehr lediglich in den Händen der Staats-anwaltschaft.



In dem vorstehenden Tableau bringen wir unsere Lesern, durch verschieden große Münzen dargestellt, eine Uebersicht der Civillisten der deutschen Bundesfürsten. An erster Stelle sehen wir diejenige des Königs von Preußen in Höhe von 15 719 296 M. Dann folgt Bayern mit 5 402 475 M., darauf Sachsen mit 3 704 383, Württemberg mit 2 177 688, Baden mit 1 480 269, Bessien mit 1 270 142, Braunschweig mit 1 172 323 und Sachsen-Weimar-Eisenach mit 1 000 000 M. Sachsen-Meinungen zahlt seinem Herzog 822 226 M., Oldenburg seinem Großherzog 655 000 M. Die Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen erhalten 609 864 bez. 500 000 M., und der Herzog von Sachsen-Coburg und

Gotha bezieht eine Civilliste von 300 000 M., also genau den 70. Teil der jährlichen Einnahme des am höchsten besteuerten deutschen Staatsbürgers, des Geh. Kommerzienrates Excellenz v. Krupp; doch tritt hierzu noch die Hälfte der Domäneneinkünfte, deren Höhe natürlich schwankt. Bei den übrigen deutschen Fürsten treten an Stelle der festen Civillisten besondere Einnahmen. So werden beispielsweise in Mecklenburg-Schwerin die Kosten der großherzoglichen Haus- und Hofhaltung aus den Erträgen der sogenannten Hausgüter bestritten, und in Sachsen-Altenburg erhält das herzogliche Haus zwei Drittel des gesamten Domänenvermögens zu ausschließlichem Eigentum überwiesen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen sind auf Grund der §§ 19 und 20 der Städte-Ordnung neu berichtigt und liegen in der Zeit vom 15. bis 30. August werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und Sonntags von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags im Wahlbureau Feurigstr. 63/64, Portal II, 2 Treppen, Zimmer Nr. 15, zur Einsicht der Beteiligten aus. Wir ersuchen die Genossen, ganz besonders aber unsere Wähler des vierten Bezirks, die Einsichtnahme nicht zu veräumen. Trotzdem eine Entscheidung über den Protest gegen die Gültigkeit der Wahl ihres Genossen Obst im vierten Bezirk noch nicht ergangen ist, versuchen doch die Gegner alles Mögliche, um die Ungültigkeitserklärung durchzusetzen oder sie gar als schon bestehend hinzustellen. Umso mehr haben unsere Genossen gerade dieses Bezirks die Pflicht, die Wählerlisten rechtzeitig einzusehen, damit keine Stimme verloren geht. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste sind während der Dauer der Auslegung derselben beim Magistrat zu erheben.

Friedrichshagen. Der Arbeiter-Bildungsverein hält seine nächste Versammlung am Samstag, den 16. August, abends pünktlich um 9 Uhr, ab. Reichstags-Abgeordneter Genosse Frey Zubeil spricht über „Zeit- und Streitfragen aus dem Reichstage“. Am reich zahlreiche Beteiligung — auch der Frauen — wird gebeten. Die Vertreter werden ersucht, in der Versammlung vollständig zu erscheinen.

Grünau. Freitagabend 8 Uhr findet im Orte eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen mögen sich zahlreich bei Werke („Grüne Ede“) einfänden.

Lokales.

Das Rabenaas

Insigen Angebens ist, wie man auf gut Berlinisch sagt, einfach „nich dood zu kriegen“.

Das Generalsekretariat der freien kirchlich-socialen Konferenz (Herr Lic. Rumm) bittet um Aufnahme folgender Zeilen: „Zum letztenmal die Rabenaas-Strophe. Vor Jahresfrist teilte das Generalsekretariat der freien kirchlich-socialen Konferenz, Berlin N., Auguststr. 82, mit, ein Preis von 100 M. sei für denjenigen ausgesetzt, der das Gesangbuch einer evangelischen Gemeinde mit der Strophe „Ich bin ein altes Rabenaas“ einreichen könne. Es sind daraufhin über 100 Zuschriften erfolgt, aber niemand war im stande, den ausgesetzten Preis von 100 M. zu verdienen, eine Menge von Gesangbüchern sind durchsucht worden, und alle Nachforschungen, auch die auf der größten deutschen Gesangbuchbibliothek in Weimergrode verliefen ergebnislos. Die älteste Fundstelle der Rabenaas-Strophe sind die „Schlesischen Provinzialblätter“ 1840, II, S. 361. Der radikale Pöbel Wilhelm Wolff (1809—1884) hat gegenüber Friedrich Engels zugestanden, daß er die Rabenaas-Strophe in die „Schlesischen Provinzialblätter“ eingeschmuggelt habe. So berichtet Engels auf eine Anfrage von Herrn Archivrat Dr. Jakob Bernigerode, im August 1894. Lic. Georg Hoffmann hat in seinen Untersuchungen über die Rabenaas-Strophe (Wegny, 1898—1899) es sehr wahrheitsgemäß gemacht, daß Wilhelm Wolff auch der Verfasser des Spottverses ist. Es dürfte hiernach festzustellen sein, daß derjenige, der weiterhin die „Rabenaas-Strophe“ als evangelisches Kirchenlied anführt, ohne dies beweisen zu können, sich einer Verleumdung der evangelischen Kirchenbildung schuldig macht.“

Unsre Leser werden sich erinnern, daß es uns, als wir die Erinnerung an die Rabenaas-Strophe aufwecken, gar nicht eingefallen ist, das schöne Lied in dem vom Generalsekretariat angeführten Sinne als unzweifelhaft echt hinzustellen. Wiederum aber meinen wir, daß der Herr Einsender auch keine Ursache hat, sich aufs hohe Pferd zu setzen und stolz von Verleumdern der evangelischen Kirchenbildung zu reden. Gerade der Streit um dies Lied hat eine Anzahl evangelischer Kirchenbildungen ans Licht gefördert, die, was Geschmacklosigkeit betrifft, sich mit der Rabenaas-Strophe, wenn man diese einen Augenblick als echt hinnernehmen will, durchaus messen können, ja sie bei objektiver Beurteilung wohl noch um einige Grade überbieten.

Wir erinnern an das Lied aus dem 1702 erschienenen Kommunionbuch „Der bußfertige Sünder“ vom Archidiaconus Martin Grünwald, worin die erbauliche Strophe steht:

„Da lieg' ich heßliches Hölle-Koß
In meinem Sünden-Koße,
Dabon ich von den Narren froh
Als wie an Zunderbrodte;
Da lieg' ich rasend toller Hund,
An Leib und Seele krank und wund,
Und kann nichts mehr als heulen.“

Kuch Herr Rumm wird uns zugeben, daß diese unbestreitbar echten Verse an Saftigkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

Um aber zum Schluß zu kommen: Das negative Resultat des Preisauswählens, mit dem der Herr Generalsekretär groß thut, beweist ja nicht sehr viel für die Unschicklichkeit der Rabenaas-Strophe, aber selbst wenn man einmal annehmen will, daß man es in ihr mit einer Parodie zu thun habe, so wäre es auch im Sinne der Kirche ein Verdienst gewesen, mit den berüchtigt gewordenen Versen die Geschmacklosigkeit evangelischer Rechtigläubigkeit so lächerlich gemacht zu haben, daß sie, wie wir zu Gunsten der Kirche annehmen wollen, nie wieder zum Leben ersehen werden. Also möge Herr Rumm das Rabenaas auch in seinem Sinne weiter leben lassen und sich mit dem Resultat seines Preisauswählens nicht allzusehr brüsten.

Der winkende Schuhmann.

Der Schuhmannsarm gilt bei uns zu Lande als allmächtig. Wir denken dabei nicht bloß an den berühmten Polizeigriff, der mit unfehlbarer Sicherheit den Harn- und ahnungslosen Liebertreter irgend eines in weitesten Kreisen unbekanntem Paragrafen der Straßenpolizeiordnung nach Rimmer Sider spedit. Kein, auch zu wichtigerem und schwierigerem Wirken ist der Arm eines Schuhmannes berufen. Unter anderem ist ihm seit einiger Zeit das Amt übertragen, den Straßenverkehr „nach Londoner Muster“ zu regeln. An einigen der belebtesten Straßenkreuzungen, in der Königsstraße, der Leipzigerstraße, am Potsdamer Platz usw., werden drei, vier und mehr Polizeibeamte aufgestellt, um — bald nach der einen Seite, bald nach der andern den Fußherren Halt winkend — Verkehrsstörungen zu verhüten und gleichzeitig den Straßenpassanten ein ungefähres Uebersichtsbild der Fußdämme zu ermöglichen. Die Sache ist zwar nicht mehr ganz neu in Berlin, aber bis jetzt war sie über das Versuchsstadium immer noch nicht hinausgekommen. Neuerdings will man nun gefunden haben, daß dieses Verfahren sich auch bei uns im großen und ganzen recht gut bewährt habe. Der Berliner Polizeipräsident hofft, sich nach und nach einen Stamm tüchtiger Straßenverkehrs-Polizisten heranziehen zu können, die dann ihren Londoner Kollegen nichts nachgeben werden.

Es wäre zu wünschen, daß sich diese Hoffnung erfüllte; wer aber die winkenden Schuymann häufiger in ihrer Thätigkeit beobachtet hat, der wird sich eines leisen Zweifel nicht erwehren können. Der Berliner Schuhmann ist anscheinend doch nicht zu allem befähigt. Bei der Regelung des Straßenverkehrs „nach Londoner Muster“ entwickeln unsere neuen Straßenverkehrs-Polizisten eine Kexvorkäit, die in diesem Falle durch nichts begründet ist und nur dann allenfalls verständlich wird, wenn man sich erinnert, daß der Berliner Schuhmann überhaupt von sehr nervöser Natur ist. Ein bloßes ruhiges Handaufheben würde genügen, die Wagenlenker davon zu verständigen, wer warten und wer weiterfahren soll. Statt dessen halten es manche dieser Straßenverkehrs-Polizisten für erforderlich, heftig und ungehämmt mit dem Arm, ja mit dem ganzen Oberkörper zu winken. Dieses Gebaren wirkt, wie die Beobachtung lehrt, auch auf die Wagenlenker zurück, und erzeugt bei diesen eine unsichere Hast, die einer glatten Abwidelung des Verkehrs keineswegs dienlich ist. Will der Herr Polizei-Präsident bei seinen Versuchen, sich brauchbare Straßenverkehrs-Polizisten heranzuziehen, auf Erfolg rechnen, so wird er seine winkenden Schuymann zu allererst dahin instruieren müssen, daß zwar an sich ein eifriger, betätigungsfreudiger Schuhmannsarm eine — wenn man so sagen darf — sehr schöne Einrichtung ist, daß aber eine Regelung des Straßenverkehrs nach Londoner Muster ohne Ablegung der Polizeigriff-Kühren niemals erreicht werden kann.

„Linden“-Umgestaltung.

Wenn der König von Italien nach Berlin kommt, muß die „Linden“-Umgestaltung beendet sein — koste es, was es wolle. Dem entsprechend sind die Regulierungsarbeiten in der letzten Zeit mit einem Eifer gefördert worden, wie man ihn in Berlin bei Straßenbauten bisher noch nicht gefam hat. Selbst bei der Asphaltierung des Opern-Platzes, der Regulierung der Schloßfreiheit und der Umgestaltung des Schloß-Platzes ist nicht so flott gearbeitet worden, wie hier.

Die Arbeiten wären schon jetzt beendet, wenn sich nicht ein ganz unerwartetes Hindernis eingestellt hätte. Einer der Hausbesitzer der „historischen Feststraße“ hat gegen die „Linden“-Umgestaltung Einspruch erhoben. Es heißt, er habe sogar die Arbeiten inhibieren lassen. Zum mindesten will er seinen Beitrag zu den Kosten der Bürgersteig-Regulierung nicht zahlen, weil er der Ansicht ist, daß der frühere Zustand der „Linden“ durchaus ordnungsgemäß war und keiner Verbesserung bedurfte. Der Mann ist — das ist das merkwürdige dabei — sogar preukischer Geheimrat.

Die „Berliner Zeitung“ spottet bei dieser Gelegenheit über den „allzeit loyalen Magistrat“, dessen Eifer nun gerade durch einen Geheimrat gehemmt werde. Das Blatt scheint vergessen zu haben, daß die lindenfreimüthigen Stadtverordneten von der Couleure der „Berliner Zeitung“ bei den letzten Fürstenbesuchen dem Magistrat an lokalem Eifer nichts nachgegeben haben. Die Herren werden froh sein, wenn die „Linden“-Regulierung rechtzeitig fertig wird. Sie brauchen sich dann wenigstens nicht ihre Lackstiefel staubig zu machen, wenn sie am Tage der Ankunft des Königs von Stalien am Brandenburger Thor antreten.

Die Beerdigung Adernanns

fand Mittwochnachmittag um 4 Uhr auf dem Dankes-Kirchhofe unter außerordentlich starkem Andrang des Publikums statt. Es war ein ergreifender Anblick, den die in Schmerz völlig aufgelöste Gattin und die unschuldigen Kinder des so früh aus dem Leben Geschiedenen an seinem Sarge boten; manches Auge wurde dabei feucht. Welche Fülle von Aufregung und Seelenschmerz hat die bedauernswerte Frau im Laufe der letzten Wochen auch durchzulasten gehabt! Und noch sind die Mästel, die dieser betrübende Vorfall in sich birgt, nicht gelöst. Noch liegt es wie ein drückender Alp auf der Seele jedes fühlenden Menschen, und die Frage: Wird die wahre Todesursache jemals festgestellt werden? drängt sich stets von neuem auf, trotzdem der Verstorbene jetzt wohl für immer in kühler Erde gebettet ist.

Ob die Akten über den Fall Adernann jetzt als geschlossen zu betrachten sind, steht vorläufig noch dahin. Thatsache ist, daß dank der unermüdlichen Bemühungen des Stadtverordneten Gen. Hynje eine nochmalige Obduktion der Leiche vorgenommen wurde. Sie fand einige Stunden vor der Beerdigung in der Friedhofskapelle seitens des Gerichtsarztes Herrn Dr. Puppe statt. Irigendwelche Schwierigkeiten sind dieser privaten ärztlichen Untersuchung von keiner Seite bereitet worden, vielmehr wurde sie vom Gemeinde-Kirchenrat bereitwillig gestattet. Der nunmehrige Sektionsbefund wird voraussichtlich morgen der Öffentlichkeit übermitteln werden können. Von diesem Gutachten dürfte es auch wesentlich abhängen, ob die Staatsanwaltschaft zu einer weiteren, kriminellen Untersuchung der Sache zu bewegen ist.

Ueber Annäherungsversuche aus den Kreisen der Milchcentrale, welche in den letzten Tagen erfolglos, berichtete Rechtsanwält Dr. Platan, in Verantwortung einer Anfrage, in der gestrigen Verammlung des Vereins Berliner Milchhändler. Daraus konnte auch bei den Leitern des Milchringes immer mehr die Erkenntnis zum Durchbruch, daß man sich in dem ganzen Aufbau der Centrale verrechnet, den Widerstand der Berliner Bevölkerung wie der Milchhändler unterschätzt und es sich gar zu leicht gedacht habe, den Einwohnern der Reichshauptstadt eine besondere Milchsteuer zu Gunsten des Bundes der Landwirte aufzuerlegen, die bei rund 2 Millionen Seelen nicht weniger als 3 300 000 M. betragen hätte. Da die Monopolpläne der Centrale gescheitert seien und alle bisher gegen die Milchhändler angewandten Maßnahmen sich als verfehlt erwiesen hätten, sehne man sich innerhalb des Milchringes nach Frieden. Die Milchcentrale habe mit den Vertretern des Milchhandels Fühlung gesucht. Daraufhin habe in unverbindlicher Form eine vorläufige Aussprache zwischen den Parteien stattgefunden, um die Bedingungen einer eventuellen Beilegung des Milchkrieges zu erörtern. Die Vertreter des Milchhandels äußerten sich dahin: „Bei den Milchhändlern besteht nicht die geringste Reizung, dem von Grund aus verfahrenen Milchringe, dem Geschäftsunternehmen des Bundes der Landwirte, auf Kosten der gesamten hiesigen Bevölkerung, wieder aufzuhelfen. Es sei vielleicht nicht ausgeschlossen, daß mit den einzelnen Produzenten, sofern sie außerhalb des Milchringes stehen, oder aus demselben austreten, Vereinbarungen getroffen werden. Mit der Milchcentrale jedoch, dieser agrarischen Monopolgesellschaft dürfe, löme und wolle der Berliner Milchhandel sich weder auf eine Einigung, noch auf ein Bündnis einlassen. Die Ausführung der Milchcentrale sei eine unerlässliche Vorbedingung für den Frieden im Milchriege. Es sei nicht Übermut oder Hartnäckigkeit, sondern einfach die Pflicht der Selbst-erhaltung, welche für die Milchhändler einen Friedensschluß mit der Centrale unmöglich mache. Sie würden durch eine Einigung mit dem Milchringe nur eine kurze Gnadenfrist gewinnen und dadurch erst recht die Gefahr des Milchmonopols und der damit verbundenen willkürlichen Preissteigerung sowie der Aufschaltung des Milchhändlerstandes aus dem wirtschaftlichen Leben herausbeschwören.“ In der Debatte fand die Haltung der Vertreter des Milchhandels bei der erwähnten Aussprache einhellig vollste Zustimmung. Betont wurde, daß der Milchhändlerstand aus dem Milchriege politisch gescheitert, wirtschaftlich einiger und einseitiger hervorgehe und namentlich durch den genossenschaftlichen Zusammenhalt gestärkt worden sei. — Als Delegierter zum Milchhändler-Verbandsplage in Düsseldorf wurde der Vereinsvorsitzende Wiesener einstimmig gewählt und ihm eine Diätenzulage von 10 M. täglich bewilligt.

Bei der elektrischen Hoch- und Untergrubnbahn ist bekanntlich ein kleiner Rest im Osten, die Strecke vom Stralauer Thor bis zum Endbahnhof Warschauerbrücke, noch nicht dem öffentlichen Verkehr übergeben, da der Endbahnhof bisher für Betriebszwecke in Anspruch genommen wurde. Nachdem die erforderlichen Nebenarbeiten jetzt bereitgestellt sind, kann die Haltestelle Warschauerbrücke in Betrieb genommen und der Verkehr bis dahin ausgedehnt werden. Wie die Betriebsverwaltung mitteilen läßt, geschieht dies schon heute Donnerstag früh. Der Tarif der Bahn erleidet dadurch keine Veränderung.

Diesmal wieder die Charité. Mißstände in öffentlichen Anstalten sind in letzter Zeit gerade genug zu Tage gefördert worden, wie erinnern wir an Herzberge. Man sollte meinen, daß die vielen hierauf bezüglichen Erörterungen in der Presse auf die Leiter und Angestellten solcher und ähnlicher Anstalten nicht ganz ohne Eindruck geblieben wären; jedoch es scheint, als wolle keine hinter der andern zurückbleiben — in der Infanterie eigentümlicher Vorfälle.

Die Frau des Arbeiters Henje, Pappel-Allee 22, sah ihrer Entbindung entgegen. Da sie infolge einer chronischen Nieren-erkrankung bei dem zu erwartenden Geburtsakte Komplikationen befürchtete, so erbat sie sich von der Armenverwaltung ärztliche Hilfe. Vom stellvertretenden Armenarzt Herrn Dr. Rosenbergr wurde nun am Sonnabend, den 8. d. M., ihre Uebersicherung nach der Charité schriftlich angeordnet. Auf Veranlassung des Armenvorstehers Herrn Hoffmann ging dann Henje selbst mit dem ärztlichen Beittel nach dem Polizeirevier in der Stargarderstraße, damit die Uebersicherung schleunigst bewerkstelligt werde. Der dienstthuende Polizeiwachmeister fragte auch sofort telephonisch an, ob in der Charité noch Platz sei für eine Frau, die kurz vor der Entbindung stände. Die ebenfalls telephonische Antwort lautete: Der Aufnahme stände nichts ent-

gegen, die Frau könne noch heute abend (also Sonnabend) hinkommen. Hierauf besorgte der Wachtmeister eine Drohsche und der Transport ging vor sich. Nachdem die Frau gebadet und von einer Anstaltshebamme untersucht war, wurde sie der Station 81 überwiesen. Hier fand eine nochmalige ärztliche Untersuchung statt, die aber ein höchst merkwürdiges Resultat ergab. Der ordnende Arzt erklärte der Frau nämlich, die Behandlung der Merentiantheil könne erst nach der Entbindung erfolgen, da letztere aber erst nach einigen Tagen oder Wochen zu erwarten sei, so könne er sie schon wegen Mangel an Platz nicht dabehalten, vielmehr müsse sie noch am selben Abend die Charité wieder verlassen.

Zuletzt wurde die Frau denn auch um 10 Uhr abends aus der Anstalt gewiesen. Nur mangelhaft bekleidet (Strümpfe hatte die Frau wegen ihrer fast geschwollenen Füße überhaupt nicht an) irtete sie eine Weile auf dem Anstaltshofe umher, bis sie schließlich von einem Wärter nach einem Straßenbahnwagen geleitet wurde. Leider hatte sie der Mann in einen falschen Wagen gebracht, der anstatt nach der Pappel-Allee nach der Danzigerstraße fuhr.

Jetzt mußte die Frau aber mitten in der Nacht ohne jede Begleitung noch von der Danzigerstraße bis zu ihrer Wohnung in der Pappelallee laufen, und das in ihrem Zustande! Halb ohnmächtig, fast völlig ermattet, langte sie nach 11 Uhr endlich bei ihrem Manne an. Hatte sie sich jetzt noch wenigstens erholen können — doch leider. Schon füllte sie ihre schwere Stunde nach, und morgens um 1/8 Uhr genas sie eines Kindes. Was das für eine Nacht für die Frau gewesen ist, mag sich jeder selbst ausmalen.

Hier entsteht nun die Frage: Ist das Sanitätspersonal der Königl. Charité so mangelhaft geschult, daß es trotz der vorgenommenen Untersuchungen nicht einmal zu bestimmen weiß, ob eine Entbindung nach Stunden oder erst nach Tagen oder Wochen zu erwarten ist? Ganz abgesehen von der verblüffenden Fachkenntnis des hier in Frage kommenden Sanitätspersonals, war es auch eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen, die Frau in später Nacht ohne jegliche Begleitung heimzuschicken. Mit derartigen Vorfällen kann die Charité sicher keine Ehre einlegen.

„Thür Schließen!“ steht groß und deutlich in allen Wagen der Stadt- und Ring-, sowie der Vorortzüge, aber noch immer halten es recht viele Fahrgäste für überflüssig, diese Mahnung zu befolgen. Wegen einer nicht geschlossenen Wagenthür mußte am Dienstag nachmittag auf Haltestelle Baumshuldenweg an der Görlitzer Bahn der Telegraph in Bewegung gesetzt werden. An einem nach Berlin fahrenden Vorortzuge war auf der vom Bahnsteig abgewandten Seite in demselben Augenblick, in dem der Zug ausfuhr, die nicht eingeklinkte Thür eines leeren Wagens aufgesprungen. Ein Herr kam vom andern Bahnsteig aus den Vorgang beobachtet und die Bahnbeamten davon unterrichtet. Da der Zug auf dem Görlitzer Bahnhof so einfahren mußte, daß die hin und her schlagende Thür dem Bahnsteig zugewendet war, also die auf dem Bahnsteig stehenden Personen gefährdete, so wurde die telegraphische Nachricht dorthin gegeben, bei der Einfahrt den Bahnsteig mit besonderer Sorgfalt freizuhalten.

Ein grauenhafter Lustmord, der an dem am 17. Dezember 1888 in Berlin geborenen Mädchen Elisabeth Waacke verübt wurde, ist am Mittwoch nachmittag kurz nach 1 Uhr entdekt worden. Im Wagen 19 der Jungfernheide fand ein Arbeiter das Kind, dessen Eltern im Zömerschen Haus am Spandauer Schiffahrtkanal wohnen. Der Vater ist Comptoirbedienter in einer Maschinenfabrik und hat außer dem ermordeten Kind noch einen Sohn von 14 und zwei Töchter von 12 und 10 Jahren. Am Dienstagabend um 7 1/4 Uhr ging Elisabeth Waacke in Begleitung der gleichaltrigen Tochter Gertrud des Schiffsbauers Hannebauer aus Ploegensee zu einem Kaufmann Nieger am Bahnhof Dusselstraße, um Schokolade zu kaufen. Dann trennten sich die Mädchen, und die Ermordete wurde selbsten ermordet. Der Vater konnte bei seinen nachlässigen Forschungen nichts ermitteln.

Der Arbeiter, der den Fund machte, gab dem Oufsvorstand, dieser der zuständigen Berliner Kriminalpolizei sofort Nachricht, während die Fundstelle von vier Gen darmen abgesperrt wurde. An Ort und Stelle erschien alsbald eine Kommission vom Landgericht II, der Assessor Dr. Lindenau als Vertreter des beurlaubten Chefs der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Dieterich, die Prokormmission der Kriminalpolizei mit dem Notar Kofen und dem photographischen Apparat, die Kriminalkommissare Cellarius, Wehn und Wannoch mit ihren Beamten. Die Besichtigung ergab ein häßliches Bild. Durch eine Radelholz-Schranke, etwa 100 Schritt vom Rand, führt ein Weg, der auf einen Platz mündet. Hier lag das nur schwach entwickelte Kind, das ein weißes Kleid, schwarze Strümpfe und braune Schuhe aus Segeltuch trug, auf dem Rücken. Der Kopf war nach links gebeugt; die Hände waren in die Erde eingedrückt. Das hochgeschlagene, blutbefüllte Gesicht und die Lage der Beine ließen sofort erkennen, daß die Kleine vergewaltigt und erstickt war. Der Gerichtsarzt Dr. Störmer legte den Befund fest, während Beamte das umliegende Gelände absuchten. Nahe am Fundort, der auch der Thortort sein muß, lagen zerstreute Spiellarten und Papiere, aus denen sich irgendwelche Schlüsse vorläufig nicht ziehen ließen. Der Ort wurde photographisch aufgenommen. Der Arbeiter, der den Fund meldete, mußte zunächst festgehalten werden, da er über seinen Aufenthalt zu der in Frage kommenden Zeit keine ausreichende Auskunft geben konnte.

Als sich die beiden kleinen Mädchen, die bei dem Kaufmann Nieger für 5 Pf. Bonbons eingekauft hatten, entfernten, wollte Gertrud Hannebauer nach Hause gehen, während Elisabeth Waacke ihren aus der Fabrik in der Waldfraße heimkehrenden Vater erwarten wollte. Sie mußte gleich darauf von dem Thäter verschleppt worden sein. Unbegreiflich erweist den Angehörigen, daß das gewedte Mädchen dem Verbrecher bei der andringenden Dunkelheit ohne weiteres an den abgelegenen Ort gefolgt ist, während sonst Kinder granatig zu sein pflegen und mit unbekanntem Personen nicht fortgehen. Die eingehendsten Nachforschungen in der Nachbarschaft des Thortortes sowie die Vernehmungen etwa in Frage kommender Personen haben ein Ergebnis noch nicht gehabt. Man weiß allerdings, daß Schiffer etwa 100 Meter von der Nordseite entfernt gelandet haben und am Mittwochmorgen durchgeschleift und weitergefahren sind. Daraus kann eben vor der Hand nichts entnommen werden; der Arbeiter, der die Leiche fand und wohnungslos ist, dürfte als unverdächtig demnächst zur Entlassung kommen. Die vom Publikum umlagerte Nordseite wurde abgesperrt, bis die Leiche am Abend auf einem Wagen von zwei Gemeindedienern abgeholt wurde. — Auf die Ermittlung des Mörders sichtet die Polizei eine Belohnung von 1000 — taufend — Mark zu. Sämtliche Personen, die am Dienstag nachmittag und abend in der Gegend des Kanals oder der Jungfernheide etwas Verdächtiges bemerkt haben, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Polizei in Berlin oder Tegel mitzuteilen.

Das alte Egerzerhaus am Prenzlauer Thor, das vor kurzem samt dem angrenzenden Egerzerplatz in den Besitz des Berliner Beamten-Wohnungsvereins übergegangen ist, wird schon in aller nächster Zeit verschwinden. Mit dem Abbruch des im Jahre 1829 errichteten Gebäudes ist bereits begonnen worden. Die von dem Verein an dieser Stelle geplanten Wohnhäuser werden voraussichtlich noch in diesem Jahre in Angriff genommen werden können.

Baby macht alles. In dem Geschäft des Hofsiersens Baby herrscht der Gebrauch, daß stets ein Gutmacher anwesend ist, welcher auf Wunsch der Kunden deren Götterbilder aufhängt, während dieselben von einem der angestellten Friseurgehilfen bedient werden. Für das Aufhängen wird eine Vergütung von 25 Pf. gezahlt. Auch am 6. April, einem Sonntag, war der Gutmacher in Thätigkeit und zwar zu einer Zeit, während die Arbeit im Gutmachergewerbe ruhen muß. Herr Baby erhielt eine Anklage. Das Schöffengericht konnte sich den Ausführungen des Verteidigers, daß das Aufhängen des Götterbildes ebenso gut zum Friseurgeschäft gehöre, wie beispielsweise das Abkürzen des Haares eines eben frisierten Kunden nicht anschließen.

sondern belegte den Angeklagten mit einer geringen Geldstrafe. Die Frage sollte auch vor der Berufungsinstanz entschieden werden. Auf Vorhalt des Vorsitzenden zog der Verteidiger indessen seinen Einspruch zurück.

Brauerdirektor Ernst Finde J. Nach kurzem schweren Leiden am Dienstag der Direktor der Schultheiß-Brauerei, Abteilung II, Lichterfeldstraße, Herr Ernst Finde im Alter von 52 Jahren an Blinddarmentzündung. Der Verstorbene war früher bei der Central-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft und leitete dann die Tivoli-Brauerei. Ende der achtziger Jahre, als dieses Etablissement in den Besitz der Schultheiß-Brauerei-Aktiengesellschaft überging, wurde Herr Finde als kaufmännischer Direktor angestellt.

Wer hat 12 000 Mark verloren? Eine vielleicht beachtenswerte Zuschrift geht uns mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu: Der Kaufherr, der vor mehreren Jahren 12 000 Mark in einer Leber-tische von der Central-Markthalle aus vom Wagen verloren hat, wird dringend ersucht, sich bei H. Edel, Pankowstraße 103, zu melden; dort wird der Verlierer erfahren, wer das Geld gefunden hat.

Mehldiebstähle. Wegen Diebstahl und Hehlerei wurden gegen zwanzig Kutscher und Schaber und gegen fünf Wädrmeister das Material zu einem gerichtlichen Vorgehen von der Kriminalpolizei zusammengebracht. Auf Expeditionshöfen und Wädrhöfen waren seit einiger Zeit große Diebstähle von Mehl vorgekommen. Von diesen kamen nur sehr wenige zur Anzeige, weil die Wädrmeister das Mehl beim Empfang nicht nachwiegen, also nichts merken, und die Mehlläger den Verlust erst so spät entdecken, daß keine Nachforschungen mehr angestellt werden können. Die Anzeige einer hiesigen Firma veranlaßte die Kriminalpolizei, die einzelnen Mehlläger unter Beobachtung zu stellen. Das mußte teilweise auf Fahrtrabern geschehen, weil die Beamten den in scharfer Gangart die Straßen durchziehenden Kutschern zu Fuß nicht folgen konnten. Das Ergebnis der Beobachtungen ist, daß manche Kutscher beim Verladen des Mehls aus den Säcken einen Teil in andre leere Säcke schütteten, andre wiederum mit sogenannten „Schleibern“ arbeiteten. Das sind Helfer, die während der schnellen Fahrt durch die Straßen die Säcke öffnen und um einen Teil des Inhalts erleichtern. In einem bestimmten Ort werden dann die mit dem gestohlenen Mehl gefüllten Säcke umgeladen und den Wädrern zugeführt. Einige Kutscher waren auch mit den Wädrmeistern in unmittelbare Verbindung getreten und hatten den Erlös selbst voll eingestekt.

Verschwinden ist seit Dienstag der 52 Jahre alte Glasmacher Wilhelm Philipp aus Stralau, Dorfstr. 10. Er war nach der Königl. Klinik in der Riegelstraße gegangen, um sich einen Verstoß an den Lungen zu lassen, und ist von dort nicht wieder zurückgekehrt. Philipp ist 1,73 Meter groß und trägt einen grauen Schnurrbart. Da er schwachstimmig ist, besüchtigen seine Verwandten ein Unheil. Wer etwas über den Verbleib des Verschwindenden weiß, wird gebeten, entweder dem nächsten Polizeirevier oder an Frau Philipp, Stralau, Dorfstr. 10, Mitteilung ergehen zu lassen.

Das leichtsinnige Abpringen von einem elektrischen Straßenbahnwagen während der Fahrt hat wieder einmal einen schweren Unfall herbeigeführt. Heute früh 7 Uhr sprang an der Jerusalemer Kirche der Bildhauer Alfred W o j e, Campbauenstr. 25 wohnhaft, von einem in Fahrt befindlichen Wagen der Linie Görlitzer Bahnhof-Charlottenburg ab und stieg dabei gegen einen Handwagen. Bei dem Sturze erhielt er einen Druck der rechten Kniekehle, so daß er durch den Schenkelarm 8880 in einer Drohsche nach der Anfallstation in der Wilhelmstraße und nach Anlegung eines Rotverbandes nach seiner Wohnung gefahren werden mußte.

Zu dem Liebesdrama in der Wölferstraße wird berichtet, daß die Wädrer, die im Krankenhaus die Besinnung wiedererlangt hat, sich selbst der That bezichtigt. Aus Mache dafür, daß Schmidt ihr die Ehe versprochen und sie dadurch an sich gelockt, dann sie aber von sich abzuschütteln versucht habe, sei sie zu dem Entschluß gekommen, den Geliebten und sich zu töten. Da die Wädrer indessen nach nicht soweit wiederhergestellt ist, um richtig vernommen werden zu können, so haben diese vorläufigen Angaben nur einen bedingten Wert, insofern sie jeden Augenblick widerrufen werden können.

Selbstmordversuch auf der Polizeiwache. Auf der Polizeiwache versuchte Dienstagabend der 29 Jahre alte Kaufmann Kurt R i s t e, der einer sehr achtbaren Familie aus der Schildhornstraße zu Steglitz angehört, sich zu erschließen. Er wurde das onfant terribile der Familie, als er vor längerer Zeit wegen Erpressung, die er in Gemeinschaft mit einem Zahntechniker ausgeübt hatte, zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Nach Verbüßung der Strafe wandte er sich an die Mutter und die Schwester in Steglitz um Gewährung von Geldmitteln. Obwohl die Angehörigen mit ihm nichts mehr zu thun haben wollten, wurde ihm dennoch eine Geldunterstützung zu teil. Damit war aber der entartete Mensch nicht zufrieden. Er bedrohte die Mutter und die Schwester mit einem Revolver in der Wohnung, nahm ihnen die Summe von 1000 M. ab und verschwand. Seitdem erschien er persönlich nicht wieder, beantragte sich vielmehr mit Drohbrieffen, die er an die Verwandten gelangen ließ. Dienstagnachmittag sagte der Zufall, daß eine Stiefschwester dem Anhold begegnete, als sie in der Friedrichstraße Einkäufe machen wollte. Sie konnte ihm nicht ausweichen und wurde von ihm derart bedrängt in seinem Verlangen nach Geld, daß sie die Hilfe eines Schutzmannes in Anspruch nehmen mußte. Der Beamte brachte ihn nach dem 6. Polizeirevier, wohin auch die Schwester als Auftraggeberin und Zeugin folgte. Während dort seine näheren Verhältnisse festgestellt werden sollten, verlangte er, als er schon in einem andren Raum gebracht war, seine Schwester nochmals zu sprechen. Diese war indes nicht geneigt, dem Anklagen Folge zu leisten. Darauf brachte er sich aus einem Revolver einen Schuß in den Kopf bei. Er wurde mit einer nur leichten Verletzung als Polizeigeisgenauer nach der Charité gebracht.

Während kleinere Wohnungen noch stark gesucht sind, stehen demnächst als Folge der schlechten Geschäftssituation zahlreiche Läden in allen Stadtteilen leer. Ein Hausbesitzer in der Driemen-burgerstraße, welcher wohl keine Kenntnis hiervon hatte, steigerte im April seine beiden Ladenmietler um 33 1/2 Prozent, d. h. um 600 resp. 400 M. Beide Mieter lehnten die Mehrzahlung ab und nahmen die Kündigung an, und vergeblich wartete nun der coulante Hauswirt, daß sich neue zahlungsfähige und mietslustige Parteien finden werden. Der Hauswirt, welcher der Zukunft nur doch wohl mit einigen Sorgen entgegensteht, erkundigte sich dieser Tage bei den Geschäftslenten, ob sie wohl geneigt wären, wohnen zu bleiben, was auch die Mieter zuzogen, wenn der alte Mietsbetrag um 200 M. ermäßigt werden würde. Dem steigungsunlustigen Eigentümer wird wohl — wenn er seine Läden nicht leer behaltem will — nichts weiter übrig bleiben, als das Angebot anzunehmen.

Ein schwerer Einbruchdiebstahl ist in der Nacht zum Mittwoch im Verwaltungsgebäude des Betriebsbahnhofs der elektrischen Straßenbahnen Groß-Lichterfeld-Südende — Steglitz (Siemens u. Halske) zu Groß-Lichterfeld, Berlinerstr. 1, verübt worden. Den gesamten Nachmittags-Erlös der Schaffner der bezüglichen Strecken hat der Dieb mitgenommen. Um 1 1/2 Uhr morgens hatte der Beamte, welcher mit dem Inlasso der Einnahmen der einzelnen Schaffner betraut war, die Zahlreiter mit den betreffenden Beträgen in dem Spinde verschlossen und dann das Kassenzimmer verlassen. Morgens fand man das Spind geleezt vor. Ein bisher unermittelter Dieb, der genaue Ortskenntnis besitzen muß, hatte — und zwar in der Zeit zwischen 1/2 und 4 Uhr morgens — sämtliche Thüren und auch die des Spindes mittels Nachschlüssels geöffnet und die Gelder (ca. 200 Mark) geraubt. Da es sich um großen Teile um Ritzelgeld handelt, macht sich der Einbrecher, hinsichtlich dessen man zunächst noch keinen bestimmten Anhalt hat, vielleicht durch Herausgabe größerer Ritzelbeträge ver-dächtig.

Zu kaum glaublicher Weise hatte der 21-jährige Wähler Billy Goldmann, welcher gestern mit seiner Ehefrau Ida Goldmann vor der 1. Ferien-Strafkammer des Landgerichts I stand, vollendete und verurtheilte Betrugsereien in Verbindung mit Urkunden-fälschung zur Ausführung gebracht. Um sich Geld und Kredit zu verschaffen, kaufte er sich ein Zulassungs-bescheinigungsformular, das er mit dem Namen des Gerichtspräsidenten unterzeichnet und mit folgendem Text ausfüllte: „Hierdurch bevollmächtige ich den Wähler Billy Goldmann, 245 000 M. von der Erbschaftsische Rippe beim Vormundschaftsgericht abzugeben wider das Gesetz vom Jahre 1795 aus dem § 4.“ Der Angeklagte versuchte auf Grund dieses Schemas bei drei Geldvermittlern Darlehne zu erhalten, dieselben erkannten aber sofort, daß eine Fälschung plumpster Art vorlag. Dagegen gelang es dem Angeklagten, bei einer Firma eine Nähmaschine und bei einer Buchhandlung ein Konversationslexikon auf Abzahlung zu erhalten. Diese Gegenstände wanderten sofort zum Erdbler. In beiden Fällen hatte die mitangeklagte Ehefrau die Verschuldungsscheine mit unterschrieben, und zwar als Frau Ida Goldmann, obgleich sie damals noch unterheiratet war und Ida Müller hieß. Schon im vorigen Termin benahm Goldmann sich derart, daß der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit erhob und dessen Untersuchung beantragte. Gerichtspräsident Dr. Veymann begutachtete denn auch, daß der Angeklagte völlig un-zurechnungsfähig sei. Diesem Gutachten trat im gestrigen Termin der Privatdozent Dr. Puppe bei. Der Angeklagte müsse deshalb freigesprochen werden. Es erregte Verwunderung, als zur Sprache kam, daß die Angeklagten erst vor vier Wochen die Ehe eingegangen sind. Der Staatsanwalt hielt die Ehefrau Goldmann der Urkunden-fälschung für schuldig und beantragte gegen sie drei Wochen Gefängnis, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Puppe, behauptete, daß die Angeklagten in dem entstellbaren Irrtum befunden, sie müsse mit dem Namen ihres demnächstigen Ehemannes unterzeichnen, da die Scheine ja auch nach der Eheschließung in Kraft bleiben sollten. Der Gerichtshof ließ diesen Einwand gelten und kam auch zu einem freisprechenden Erkenntnis mit Bezug auf die Ehefrau.

Ein eigenartiger Sachverhalt lag der Anklage wegen Diebstahls zu Grunde, welche gestern vor dem Schöffengericht gegen den Tapezierer Otto Müller zur Verhandlung gelangte. Der Angeklagte hatte im März d. J. bei einem wohlhabenden Kaufmann ein Zimmer neu zu dekorieren. Hinter einem Paneel versteckt fand er zwei Stück Hundertmarkscheine. Wie er vor Gericht angab, will er angenommen haben, daß die Ehefrau des Kaufmanns die 200 M. hinter dem Rücken ihres Ehemannes von ihrem Wirtschaftsgeld gespart und versteckt hatte. Er habe es ihr deshalb selbst zurückgegeben wollen, und da sie nicht zu Hause gewesen, die Scheine einzuweilen bei sich behalten. Als er am Abend nach Hause gekommen war, habe er seiner Mutter sofort das Geld übergeben mit dem Bemerkten, daß er es am folgenden Tage der Eigentümerin zustellen würde. Inzwischen hatte die letztere das Geld vernimmt und sofort die Kriminalpolizei in Anspruch genommen. Als der Beamte in der Wohnung des Angeklagten erschien, wurde ihm sofort das Geld ausgehändigt. Der Staatsanwalt hielt die Angaben des Angeklagten für durchaus unglauwürdig und beantragte gegen ihn 6 Wochen Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt W i s t l o, als Vertreter des Rechtsanwalts Schmidt, wies dagegen darauf hin, daß die Handlungsweise des Angeklagten, vom rein menschlichen Standpunkt aus betrachtet, wohl zu rechtfertigen sei, und bat um Freisprechung. Der Gerichtshof gab diesem Antrage statt.

Veranstaltungen.

Die Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten hielten am Dienstag eine Versammlung im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“ ab, in der Dr. Blaschko über den in Wäffel stattfindenden Kongreß zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und über die von ihm hierzu aufgestellten Grundsätze referierte. Gleichzeitig plädierte der Redner für den Anschluß an die in der Gründung begriffene „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechts-Krankheiten“, die einen Mittelpunkt bilden soll für alle Bestrebungen, welche geeignet sind, diese verheerende Volksseuche einzuschranken. Der Jahresbeitrag soll 3 Mark betragen. — Mit der Vertretung der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins auf dem Kongreß in Wäffel wurde Dr. Blaschko betraut. Hierauf referierte Dr. R. Friedberg über die Beteiligung der Krankenkassen an der Reichs-Arbeiterstatistik, über die Statistik der deutschen Krankenkassen und über die Errichtung der hydrotherapeutischen Institute in den Universitätsstädten zur Behandlung der Krankenkassen-Mitglieder. Dem Vorschlag des Reichsstatistischen Amtes, nach dem die Krankenkassen der arbeiterstatistischen Abteilung regelmäßig monatlich die Mitgliederzahl einreichen sollen und bei dem es sich lediglich darum handelt, eine möglichst genaue Uebersicht über den Umfang der jeweiligen Arbeitslosigkeit zu erhalten, empfiehlt der Referent zuzustimmen. — Im Anschluß hieran bespricht der Redner die Bedeutung der hydrotherapeutischen Behandlung und befragt darüber zu wirken, daß derartige Institute in allen Universitätsstädten errichtet und die Behandlung der Krankenkassen-Mitglieder zu denselben Bedingungen, wie sie in Berlin von der Central-Kommission für die Krankenkassen vereinbart worden sind, zugelassen wird. Die Vereinbarungen mit dem hiesigen Institut sind abgeschlossen und steht nur noch die Zustimmung des Finanzministeriums aus, die aber sicher erwartet wird. — Ueber die allgemeine Einführung eines einheitlichen Diagnosen-Schemas, bei welchem namentlich auch die Feststellung der Berufskrankheiten ermöglicht wird, berichtete Dr. Friedberg, daß eine gemeinsame Besprechung mit einer größeren Zahl namhafter Aerzte stattgefunden und daß sich diese Herren bereit erklärt haben, jeder für ein bestimmtes Specialfach ein Schema aus-zuarbeiten. — Nach einer kurzen Diskussion beschloß die Versammlung, dem im Oktober stattfindenden Verbandstag der Orts-Krankenkassen Deutschlands folgende Resolution zu unterbreiten: „Der Verbandstag der Orts-Krankenkassen beschließt: Für die Uebersicht einer fortlaufenden Beobachtung des Arbeitsmarktes sollen die Orts-Krankenkassen auf Er-fordern der arbeiterstatistischen Abteilung des Reichsstatistischen Amtes nach einem näher zu bestimmenden Formular die Zahl ihrer Mitglieder monatlich regelmäßig mitteilen. Der Verband erachtet es ferner als dringend erwünscht, daß wenigstens zunächst für die größeren Städte bei den Krankenkassen einheitliche An- und Abmeldeformulare zur Einführung gelangen.“ Außerdem sollen dem Verbandstage An-träge bezüglich der Errichtung hydrotherapeutischer Institute für die Behandlung von Rassenmitgliedern und bezüglich der Einführung einheitlicher Diagnosen-Schemas unterbreitet werden.

Ueber die Maßnahmen, um den Krankenkassen-Mitgliedern die im Unfallverfallereforderten Gutachten zu verschaffen, referierte G. S i m a n o w s k i. Er verwies auf die Schwierigkeiten, die den Unfallverletzten bei der Beschaffung eines ärztlichen Gutachtens entstehen. In der Regel ist der behandelnde Arzt der Vertrauensarzt der betreffenden Berufsgenossenschaft und das Gutachten derselben, das in den meisten Fällen nur das Interesse der Berufsgenossenschaft wahr, auch vielfach bei der Festlegung der Rente entscheidend, da das eventuelle Gutachten eines andren Arztes weniger beachtet wird. Viel seltener liegt die Sache noch, wenn der § 88 des Unfallversicherungsgesetzes in Betracht kommt, nach dem eine andre Festlegung der Unfallrente erfolgen kann, wenn eine w e s e n t l i c h e Veränderung in dem Gesundheitszustande eingetreten ist. Mit dem Antrage auf Erhöhung der Rente muß der Unfall-verletzte gleichzeitig den Nachweis erbringen, daß sich sein Zustand wesentlich verschlechtert hat. Oftmals ist dies dem Verletzten trotz der zweifellosten Verschlechterung nicht möglich, weil sich viele Aerzte einfach weigern, ohne spezielle Aufforderung der in Betracht kommenden Instanzen ein Gutachten anzufertigen. Um diesen Uebelstand zu beseitigen und um dem Verletzten zu seinem Rechte zu verhelfen, empfiehlt der Redner die Bildung von „Aerzte-

Kommissionen, zusammengesetzt aus einem Chirurgen, einem Revenant und einem Arzt für innere Leiden, die die Untersuchung des Verletzten vornehmen und ein gemeinsames Gutachten abgeben. Ein derartiges Gutachten würde zweifellos gegenüber dem des Verletzten der Berufsgenossenschaft schwer ins Gewicht fallen. In Süddeutschland sind derartige Verze-Kommissionen bereits verschiedentlich vorhanden. Die Krankenkassen haben hierbei ein ganz wesentliches Interesse, weil sie unter den gegenwärtigen Umständen oftmals an Stelle der Berufsgenossenschaft dem Verletzten, der sein Recht nicht erlangen konnte, Kosten für Arzt und Medizin gewähren müssen, was nicht der Fall wäre, wenn man dem Verletzten bei der Beschaffung des Gutachtens behilflich sein würde. Der Redner wünscht, daß sich der Verbandstag der Orts-Krankenkassen hiermit beschäftigt und erachtet ein gemeinsames Vorgehen der Krankenkassen und der Gewerkschaften für erforderlich, um in allen größeren Städten derartige Verze-Kommissionen zu bilden. — Nach einer längeren Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den Vorschlägen des Referenten einverstanden und beauftragte die Zentralkommission, das Weitere zu veranlassen und diesbezüglich mit den Gewerkschaften in Verbindung zu treten.

Darauf berichtete Herr Dr. Fr. E. D. u. d. e. r. g., daß die Zentralkommission aufs neue mit dem Apotheker Brandes, Hagenstr. 21, einen Vertrag geschlossen hat, nach welchem den Kassen 20 Prozent Rezepturabgabe und die sonstigen Vergünstigungen zugestanden sind. Zu den bisherigen drei Apotheken, die Verträge mit den Kassen geschlossen haben, wird in nächster Zeit eine vierte in einem anderen Stadtteil hinzukommen, so daß das System der Rezept-Sammelstellen bald über ganz Berlin und die Vororte ausgedehnt werden kann.

In der Versammlung waren vertreten 50 Orts-, 80 Hilfs-, 11 Verze- und 8 Innungs-, insgesamt 99 Krankenkassen.

In einer gut besuchten Versammlung der Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen, die am Montag in den Andreas-Belkaten tagte, referierte Frau Clara Zetkin-Stuttgart über „Arbeiterinnenschutz und Arbeiterinnenschutz-Gesetze“. Die Referentin, die in treffender Weise die erbärmliche sogenannte Arbeiterin-Gesetzgebung und das heuchlerische Gebahren der herrschenden Klasse kennzeichnete, verwies auf die überaus traurigen Folgen der schamlosen Ausbeutung der Arbeiterin durch das Unternehmertum auf allen Gebieten. Sie kritisierte insbesondere den Mangel eines tatsächlichen Arbeiterinnenschutzes, dessen Wirkungen sich so offensichtlich durch die ungeheure Kindersterblichkeit, durch die große Zahl der Totgeburten und namentlich auch durch die unverhältnismäßig hohe Krankheits- und Sterblichkeitsziffer der weiblichen Mitglieder in den Krankenkassen bemerkbar machen. Die Referentin schilderte das Elend der Heimarbeiter und Arbeiterinnen, die fortgesetzten Bemühungen der Schneider-Organisation, bessere Zustände für dieselben zu schaffen, und sie erinnerte hierbei an das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien, die gelegentlich des Konfektionsarbeiterstreiks plötzlich ihr arbeiterfreundliches Herz entbeden, auch die schönsten Versprechungen machten, aber nichts gehalten und die von der Sozialdemokratie geforderten Schutzbestimmungen in der schroffsten Weise bekämpften. Allen voran ist es gerade das Zentrum, das auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung die elendeste Heuchelei betreibt, und bei der Regierung selbst war niemals Arbeiterin, sondern immer Unternehmerin Trumpf, sie hat in jeder Weise den Wünschen des profitgierigen Unternehmertums Rechnung getragen. Die wäre es, fragt die Rednerin, wenn die Arbeiterin eine Sammlung veranstalten würde und auch dem Minister des Innern 120000 M. zur Verfügung stellte, und zwar um Arbeiterin-Gesetze vorzubereiten! — Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in der Genosse Kästerow für den Zusammenschluß in der Organisation plädierte und einige Rednerinnen die miserablen Löhne, welche von den Zwischenhändlern bezahlt werden, kritisierten.

Einmütig wurde eine Resolution beschlossen, die sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden erklärt und gesetzlichen Schutz fordert insbesondere für die Heimarbeiter und Arbeiterinnen, die heute noch jedweden gesetzlichen Schutzes bar, der schrankenlosen Ausbeutung preisgegeben sind.

Sechster Wahlkreis. Ueber die Frage: „Ist eine Regelung der Arbeiterin-Gesetzgebung auf internationaler Grundlage möglich?“ sprach Genosse F. K. K. in einer Versammlung des Wahlkreises, die am Dienstag bei Wernau in der Schmiedestraße tagte. Der Redner führte mehrere Beweise dafür an, wie dringend nötig wirksamer Arbeiterin-Schutz ist und wies weiter andern darauf hin, daß in nächster Nähe von Berlin Kinder bei der Robustration von Woll in einer die Gesundheit schwer gefährdenden Weise aus-

gebeutet werden. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Am Schluß der gutbesuchten Versammlung forderte der Vorsitzende Freyhofler die Anwesenden auf, unermüdet für die Organisation und Arbeiterpresse tätig zu sein.

Die Schuhmacher hielten am 11. d. Mts. im „Englischen Garten“ eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Ist die Errichtung von Betriebs-Krankenkassen im Interesse der Arbeiter?“, ab. Veranlassung zu diesem Thema gab der Umstand, daß vor kurzem die Firma Müller u. Schützweg, welche ungefähr 60 Personen in dem Betriebe beschäftigt, eine Betriebskasse gegründet hat und bei noch anderen Firmen derartige Bestrebungen hervortreten. Der Referent Koblenzer kam zu dem Schluß: Die Arbeiter haben ein Interesse daran, die Errichtung von Betriebskassen möglichst zu verhindern, auch dafür Sorge zu tragen, daß durch Wahl geeigneter Vertreter in den Parlamenten der gegenwärtigen Verfahrenheit auf dem Gebiete des Versicherungswesens ein Ende bereitet werde.

Die ausgedehnte Diskussion bewegte sich durchweg im Sinne dieser Ausführungen und gelangte zum Schluß eine dementsprechende Resolution zur Annahme.

Vermischtes.

Zu dem Mord in Leipzig berichtet jetzt der „Leip. Gen.-Anz.“, daß der Vater des jugendlichen Mörders persönlich bei Frau Klein, der Mutter der ermordeten Anna Klein, war und der Frau sein innigstes Beileid zum Tode ihres Erbkindes ausdrückte. Er, Grabisch, hat sich sofort freiwillig dazu entschlossen, für die Frau bis zu ihrem Lebensende für die Zukunft zu sorgen, daß die arme Händlerin aller weiteren Sorgen über die Zukunft entbunden ist.

Mordfall im 20. Jahrhundert. In Wien haben gewisse Vorfälle bei der Hinrichtung des Raubmörders Boborschil durch den Strang peinliches Aufsehen hervorgerufen. Es dauerte volle 12 Minuten, ehe die Kerze den Eintritt des Todes feststellen konnten. Der Schärfrichter hatte bereits die übliche Meldung erstattet, daß der „Gerechtigkeits Stuhl“ gesunken sei. Der Geistliche hatte ein Gebet gesprochen und nach andern die Hände des Hingekerkerten lebhaft. Die Kerze trat hinzu und stellte fest, daß das Herz noch schlug, und man erzählt, ein Arzt und Professor habe in diesem Augenblick geäußert, es wäre noch möglich, den Verbrecher ins Leben zurückzurufen. Erst nach langen Minuten konnte festgestellt werden, daß das Herz des Hingekerkerten zu schlagen aufgehört habe.

Marktpreise von Berlin am 12. August 1902

Weizen, gut		D. Gr.		Rartofeln, neue, D. Gr.		8 - 5 -	
mittel	—	—	—	Mindfleisch, Reule 1 kg	1,80	1,20	
gering	—	—	—	do. Band	1,40	1,00	
† Roggen, gut	15,00	14,70		Schweinefleisch	1,70	1,30	
mittel	14,60	14,30		Rohfleisch	1,80	1,20	
gering	14,20	14,00		Hammelfleisch	1,80	1,20	
* Weizen, gut	15,20	15,00		Butter	2,60	2,00	
mittel	14,90	14,70		Eier 60 Stk	4,00	2,00	
gering	14,60	14,50		Rapsen 1 kg	2,00	1,40	
* Hafer, gut	10,60	10,50		Ralt	2,60	1,20	
mittel	10,40	10,30		Handen	2,80	1,20	
gering	10,20	10,10		Lechte	2,40	1,40	
Mehl, 100	6,00	5,00		Barthe	1,80	0,80	
100	6,00	4,80		Schnee	2,50	1,20	
100	4,00	2,50		Mele	1,40	0,70	
100	4,00	2,50		Rebhe per Scheit	18,00	8,00	
100	6,00	2,00					

† ab Bahn. * frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 13. August. Getreide. In Amerika hat die in den letzten Tagen wieder weniger günstige Beurteilung der Ernteernte zu Begründung größerer Haussposition in Weizen und Mais geführt, die in höheren Preissteigerungen aus New York und Chicago zum Ausdruck kamen. Von den übrigen Auslandsbörsen lagen gleichfalls feste Preissteigerungen vor, die in Verbindung mit erhöhten Anforderungen für russische und amerikanische Ware und dem unüberwindlichen fortwährenden Wetter aus diesen Märkten einen stimulierenden Einfluß ausübten. Weizen wurde 1/2, Roggen 1-1/2, M. Mehl 30 Pf. höher bezahlt als gestern. Späterhin veranlaßten die besseren Prognosen der Wetterwarten eine leichte Abschwächung der Getreidepreise. Das Geschäft entwickelte sich in beiden Brotfrüchten ziemlich lebhaft. Es war auch etwas Inlandsroggen angeboten, der jedoch durchweg kaum war. Hafer bill, gut behauptet; Mais wenig verändert. — Weizen ruhig, Preise wie gestern.

Spiritus. Am Spiritusmarkt wurde 70er Loco mit 88,30 M. gehandelt.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 12. August 1902. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 333 Rinder, 2122 Kalber, 2413 Schafe, 7714 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungswise für 1 Pfund in Feinmetri): a) vollfleischige, ausgewaschene, höchsten Schlachtgewichtes, höchstens 7 Jahre alt (00-00), b) junge fleischig, nicht ausgewaschene und ältere ausgewaschene (00-00), c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere (00-00), d) gering genährte (jeden Alters 55-57). — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtgewichtes (00-00), b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere (00-00), c) gering genährte (53-57). — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewaschene Färsen höchsten Schlachtgewichtes (00-00), b) vollfleischige, ausgewaschene Kühe höchsten Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren (00-00), c) ältere ausgewaschene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen (00-00), d) mäßig genährte Kühe und Färsen (55-55), e) gering genährte Kühe und Färsen (46-50). — Färsen: a) feine Mastfärsen (Wahlmännchen) und beste Mastfärsen 72-74, b) mittlere Mastfärsen und gute Mastfärsen 60-68, c) geringe Mastfärsen 52-56, d) ältere, gering genährte (Färsen) 22-30. — Schafe: a) Mastschafmerer und jüngere Mastschafmerer 72-75, b) ältere Mastschafmerer 68-70, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Weizschafe) 61-66, d) Hohlheiner Niederungsschafe (Weizschafe) 00-00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Klassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund schwer, 66; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Käfer) 00-00; c) fleischig 64-66; d) gering entwickelte 61-63; e) Sauen 61-62. Für 100 Pfund mit 20 Prots. Tara.

Verlauf und Tendenz. Vom Hindermarkt blieben ungefähr 90 Stück unverkauft. Der Rindermarkt gestaltete sich langsam, es wird kaum ausverkauft. Die Schafe wurden bis auf 240 Stück Roggenfleisch abverkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnamentszahlung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Sohsenke. Ihre Anfrage ist unter „G. B. L. 99“ am 23. Juli eingegangen und im Briefkasten des „Vorwärts“ vom 24. Juli unter derselben Adresse beantwortet. Bitte nicht lesen Sie nach und gebeten des Besess: Der meiste unsre Zeit und nimmt, besteht aus — und Du sollst nicht liegen.

Martin 28. Aus einem Wechsel kann gegen den Wechselverpflichteten in schnellerer Weise wie sonst geklagt werden. Wenn der Wechsel fällig sein soll, hängt von der Bereinbarung der Beteiligten ab. Wenn Sie nicht vom Wechsel verziehen, so lassen Sie Ihre Hand davon ab, weil Sie sonst leicht aus einem Klauver ein Schuldner werden könnten. Ob ein Wechsel fällig und wer aus demselben verpflichtet ist, ist sich ohne Kenntnis seines Wortlauts nicht sagen. Weichen Sie sich an einer Anwalt oder suchen Sie die Sprechstunde auf; im Rahmen des Briefkastens läßt sich eine Darstellung des Wechselrechts nicht geben. — 100. Lesen Sie Seiten 305 und 306 des in den öffentlichen Verlesungen ausliegenden „Rechtswörterbuch“ nach — J. J. — Punkt 7. Ihre Unterschrift muß gerichtlich oder notariell beglaubigt sein. Sie müssen also Ihre Unterschrift von einem Notar oder aus dem Amtsgericht beglaubigen lassen; die Beglaubigung kann nur fortfallen, wenn Sie vor den Augen des Notars oder des Amtsrichters Ihre Unterschrift schreiben. Wie soll sonst beglaubigt werden können, daß das Ihre Unterschrift ist? Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts; in Ihrem Fall betragen sie etwa 10 Mark. Weniger jetzt aus und deshalb empfehlenswerter als die Beglaubigung durch das Gericht, ist die durch einen Notar. Nachdem die Beglaubigung erfolgt ist, senden Sie das Schriftstück an das Amtsgericht I, Güterrechts-Register. — G. H. Verlangen Sie Aufhebung des Vertrages und Schadenersatz und fügen Sie ebenfalls auf Aufhebung und Schadenersatz. — G. S. 31. Leider sind beide Fragen zu befehen. — G. S. 2. Eine Frage erscheint nicht unaufrichtig, sollte aber erst nach Erwählung des Anwaltrechts unterommen werden. — W. B. 9. Eine Klage hat Aussicht auf Erfolg. Ihr Bruder sollte sich an eine Anwalt wenden, damit diese eventuell die Klage auf Schadenersatz wegen Ausübung in die Hand nimmt.

Witterungsübersicht vom 13. August 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. G. °C
Schwabm.	758	WS	4 bedeckt	13	13	Saparanda	758	SO	4 wolfig	13	13
Hamburg	758	WS	3 Regen	10	10	Beckburg	758	SO	4 wolfig	13	13
Berlin	758	WS	4 bedeckt	11	11	Leit	764	WS	3 bedeckt	17	17
Frankf./M.	761	WS	2 wolfig	11	11	Nürnberg	761	WS	1 bedeckt	17	17
München	765	WS	3 bedeckt	10	10	Paris	764	SO	1 bedeckt	13	13
Wien	762	WS	5 wolfig	12	12						

Wetterprognose für Donnerstag, den 14. August 1902. Mild und vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Parkeffbodenleger!
Am Montag, den 18. August, in der „Kronen-Druckerei“, Alt-Moabit 47-49:

Gr. Sommer-Vergnügen

bestehend in
Konzert, Theatervorstellung, Sommernachtsball
Kinder-Fackelprozession (Stadlaternen gratis).
Sonstige Belustigungen aller Art. Die Fackelzüge ist von 7 Uhr ab geöffnet.
Entrée inkl. Tanz 50 Pf. (87/10) Anfang 4 Uhr.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Central-Kranken und Sterbefälle der Zimmerer.
(Wing. Hülft. Nr. 2, Hamburg.) Deutsche Verwaltung Berlin.
Freitag, 15. August, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Angel-Weer 15, Saal 5:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1902. 2. Verschiedene Rassenangelegenheiten.
Der Vorstand. J. A. R. Schröder, Teltowstr. 62.

Velten.

Central-Verband der Löpfer
(Billale Velten).
Am Sonntag, den 17. August, von nachmittags 2 Uhr ab auf dem Gemeindefestplatz an der Eisenbahn:

Zur Feier des zehnjährigen Stiftungs-Festes

Grosses Gartenfest

bestehend in
Konzert, Kinderbelustigung, Stangenklettern, Topf-schlagen, Sternwerfen, Sternschießen usw.
Bei eintretender Dunkelheit:

Grosser Kinder-Fackelzug.

Abends in den Gassen von Grunow und Thiele:
Tanz.
Bequeme Fahrgelegenheit: Von Berlin elektrische Bahn bis Tegel. Son-Tag ab per Bahn 1 Uhr 55 Minuten.

In diesem Fest laden wir die Berliner Kollegen, sowie andre Berliner organisierte Arbeiter hiermit ein.
Der Vorstand.

Gänse! Gänse!

Mit dem heutigen Tage beginnt wieder wie alljährlich mit dem Verkauf sämtlicher
14106
Gänse-Artikel

und empfiehlt täglich frisch in unbekannter Güte:
Oderbrucher Fettgänse a Pfd. 65 Pf.
Gänseklein 90 Pf., Gänselesen a Pfd. 1,20 M.
Gänselebern a Pfd. 1,20 M.
Gänsefleisch a Pfd. 60 Pf.; frische Gänsekelen a Pfd. 70 Pfg.

Gänseknochenfleisch a Pfd. 40 Pf.
Anerkannt beste Gänsegrößen täglich frisch.
Gänseeschmalz a Pfd. 1,20 M.

Hermann Leissner,

Berlin C.
Klosterstraße 93, 94 und 95, Eckhand Kaiser Wilhelmstraße 11 und Central-Markthalle (Stand 36).

Allen meinen Freunden und Bekannten zur gef. Mitteilung, daß ich mein Geschäft
119/15

Neue Promenade 4 „Bötzow-Ausschank“

wieder selbst bewirtschaftet und für gute Speisen und Getränke beständ. Sorge tragen werde.
Paul Rietz.

Alle Wanzen

werden sofort nicht Brut durch meinen **Wanzenod**, in Fl. 0,50, 1 Pf. — Schwaben, Dusch, Franzosen etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Edlt. 0,30, 0,60, 1 M. Zahlreiche Anerkennungen. (47862)

1000 Mark Belohnung
zähle ich demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur wenn es bei Hugo Barth, Droguerie, Brunnenstrasse 18, Eck Veteraniensstraße.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.
Spezialarzt für Haut- und Halsleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich
9. Naunynstr. 9
ein Weiss- u. Bayrischbier-Lokal mit Billard und Bereinigung immer eröffnen habe. (43482)
Erstaus ein geneigtes Interesse.
Paul Lier.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei un-günstiger Witterung im Saal: **Hoffmanns Norddeutsche Sängerkonzerter.**

Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Solire: **Tanzfräulein.**
Tanz frei!
Anfang Sonntag 5 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf. Anfang Donnerstag 6 Uhr, Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sängerkonzerter.**
Anfang: **Montag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr, Tageshalle 11-1/2 Uhr.**

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58. **Was sagen Sie nun? Berlin wie's baut u. frucht** ist der größte Schlag erworden!

Anherdem das große Sensations-Programm. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Tanzdarsteller haben Günstigkeit. Kaffeefolge. — Ball.
15 16.: Der phänomenale Wandlungskünstler Carl Braun hat 36 Personen dar.

Artz Preuß

74a Balle-Allianzstrasse 74a, Eck Bergmannstraße, empfiehlt Freunden und Bekannten sein Weiss- und Bayrisch-Bierlokal nach Vereinsnummer für 50 Personen. *

Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschl.

Verwaltungsstelle Berlin I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter langjähriges Mitglied, deutscher **Mathias Schwalm**

am Dienstag, den 12. d. Mts., nach kurzem Leiden verstorben ist.
Seine Hinterbliebenen!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 15. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pius-Friedhofes in Köpenick, Berlin, statt.
Um reze. Beileidigung wird gebeten.
67/10 Die Ortsverwaltung I.

Centralverband der Löpfer.

Todes-Anzeige.
Am Montag, den 11. d. M., verstarb unser Mitglied **Gustav Schmidt**

im Alter von 54 Jahren.
Seine Hinterbliebenen!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pius-Friedhofes in Köpenick, Berlin, statt.
106/15 Der Vorstand.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Halsleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

Briketts

billig. billig. **Herrmanns Kohlenlager,** O. Wägenstr. 12.
Wegen Aufgabe meines Wohnplatzes offeriere ich Herrmanns Briketts Abnahme von 3000, 5000, 10000 Stk. frei Keller 6- 6,25 6,- 5,75 Pf. 7- 7,50 7,25 7,-
frei Boden 50 Pf. pro 1000 Stk. mehr, ab Lagerplatz entsprechend billiger.
Sämtliche andern Brennmaterialien ebenfalls billig. (47962)

Patentanwalt Dammann,

Moritzplatz 57.
Aufkunft bis abends neun. (45300)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 14. August.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Die Fiedermans. Anf. 7 1/2 Uhr.
Im Liebersteinhaus: Offenbach-
Cyclus. Dorothäa. — Die ver-
wandelte Rabe. — Der Regiments-
sänger. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. So leben wir. Anfang
7 1/2 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang
7 1/2 Uhr.
Welken. Die Brautkletterer. Anfang
7 1/2 Uhr.
Metropol. (Horwitz-Oper.) Die
verkaufte Braut. Anf. 8 Uhr.
Neues. Letzte Leute. Anfang
8 Uhr.
Carl Weh. Gefallene Mädchen.
Serauf: Sie. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Specialitäten-Vorstellung. Anf.
7 1/2 Uhr.
Secession. Silbersteins Hilt-
wachen. Anfang 8 Uhr.
Volgagend Neues Theater.
(Lieberbreitl.) Anfang 8 Uhr.
Apollo. Eufrosina. Specialitäten-
Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Vollage-Theater. Specialitäten-
Vorstellung. Anfang nachmittags
5 Uhr.
Vollage-Panoptikum. Speciali-
täten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im
Theateraal.) Abends 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.
Zubalidentrahe 57/62.
Täglich: Sternwarte.

Metropol-Theater

Horwitz-Oper. Anfang 8 Uhr.
Die verkaufte Braut.
Kom. Oper in 3 Akten v. Smotana.
Nationaltänze v. 16 Tänzerinnen.
Freitag: Abschieds-Vorstellung
Franc. Prevost: **Der Barbier
von Sevilla.** Sonnabend: Vor-
letzte Opern-Vorstellung: **Der
Trompeter von Säckingen.**
Sonntag: Letzte Opern-Vorstell-
ung: **Die verkaufte Braut.**

Apollo-Theater

und Konzert-Garten.
Um 8 Uhr: Die grossartigen
Specialitäten.
Um 9 Uhr:

Lysistrata

Kasseneröffnung 7 Uhr.

Schweizer Garten

Am Königsthor 42029
Am Friedrichshain

Theater- und Specialitäten- Vorstellung.

Täglich bis 7 Uhr: Freier Damentanz.
Jeden Abend 10 Uhr:

Die Ballettschule.

Große Gefangenspöffe mit Tanz u. Kimo.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:

Die deutsche Ostseeküste.

Passage-Theater.

Alice Markert.

Darstellerin kom. Volkstypen.
Kinematograph: Krönungsbilder.

Schluss der Saison:
Sonntag, den 17. August.
Wiedereröffnung 30. August.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Das berühmteste Wachs-
figuren-Kabinett der Welt.
Beachtenswerte Neuheit:
Lebende Bilder,
ausgeführt v. einem Ensemble
junger, schöner Damen.

ZOOLOGISCHER GARTEN

(Täglich nachmittags 6 Uhr):

Militär-Doppel-Konzert.

Entree 1 M.,
ab 6 Uhr abends 50 Pf., Kinder
unter 10 Jahren die Hälfte.

Ostbahn-Park.

Am Köpenickerplatz, Rüdigerdorferstr. 71.

Hermann Imbs.

Täglich:

Gr. Konzert, Theater- und Specialitäten- Vorstellung.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72-73.
Sonnabend, 16. Aug. Anf. 7 1/2 Uhr:
Novität! Zum 1. Male: Novität!
Er und seine Schwester.
Pöffe mit Gesang und Tanz
in 4 Bildern von Bernh. Buchbinder.
Guido Thielscher, Fritz Holmerding,
Gerda Walde, Herbert Paulmüller.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.

Gefallene Mädchen.

Berliner Sittenbild in 4 Akt. v. Schäfer.
Anfang 8 Uhr:
Morgen: Benefiz für Fr. J. e d d a.
Das Schloß am Meer.
Im Garten: Benefiz für die
Billetteuse. Neue Specialitäten. Anf.
5 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.

Johanniszauber.

Operetten-Burleske in 4 Bildern von
E. Gerike. Musik von Schmidt.
Hedwig Döring, Köslium-Soubrette. —
Eugen Millard, Tanzhumorist. —
Gisela Loyd. — Leodiskas Kakadus,
komische Reclamier. — The Elradus,
Kdm. Georgetta, Feuer u. Flammentanz.
— Lebende Photographien.
(Reine Serie) — Konzert Anfang
4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter
Platz 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.

Ganz Berlin amüsiert sich!

Kommen! Schen! Hören! Staunen!
Freitag legtes Auftreten
Carl Braun.
Sag die einzig dastehenden
12 Kunststücke!
Um 8 Uhr: Das große Solofest
Unser Goldjunge.
Im Brautpaar: Gr. Ball.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.
Freitag: Abschieds-Benefiz für Carl
Braun. Auftreten des Direktors
Wih. Fröbel.

W. Noacks Theater.

Brennenstrasse 16.

Täglich Vorstellung. Das tanzende Berlin.

Pöffe mit Gesang und Tanz
von Leopold Gr.

Nur keine Männer!

Burleske mit Gesang von Gerike.
Am Saal: Tanzkränzchen.

Neue Welt

Hessenheide 108-114 Arnold Scholz.

Donnerstag, den 14. August 1902:
Auf allgemeines Verlangen:
Wiederholung des unvergleichlichen

Monstre-Feuerwerk

Die Beschliessung u. Sprengung d. dänischen
Kriegsschiffes „Christian VIII.“ bei Eckernförde
ausgeführt durch den Vortekniker Herrn A. Bock.

Grosses Militär-Konzert

ausgeführt von der Regiments-Kapelle des 4. Garde-Regts. zu Fuß unter
persönlicher Leitung des fgl. Musikdirektoren Herrn Frz. A. Bergler.

Gala-Specialitäten-Vorstellung.

Das sensationelle August-Programm.
Im Bal champêtre: Großer Ball. — Anfang des Konzerts 5 Uhr,
der Vorstellung 6 Uhr. Eintritt 50 Pf. — Billets im Vorverkauf
a 40 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.
Kaffeebüche. 3 Kegelbahnen. Russ. Rutschbahn.
Morgen Freitag: Gala-Vorstellung. 48233
Gratisverlosung eines lebenden Bonny's.

Freie Volksbühne.

Die Mitgliedskarten für die Saison 1902/3
müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden

Der August-Beitrag ist laut Statut bis spätestens
zum 20. August zu entrichten, da nach diesem Termine die
Mitgliedskarten, die nicht abgeholt werden, anderweitig
an neue Mitglieder vergeben werden.

Die Mitglieder werden dringend ersucht, die
in den Zahlstellen ausliegenden Fragebogen
betreffs obligatorischer Einführung des Bühnen-
heftes etc. auszufüllen.

Die Zahlstelle:
No. 27 befindet sich jetzt bei Karl Kühn, Cigarren-
geschäft, Barbarossastr. 75.

„ 14 bei Karl Kunis, Cigarrengeschäft, Holz-
marktstrasse 48a.

Achtung! Mitglieder, die als Ordner fungieren
wollen, können sich für die neuen Abteilungen beim
Kassierer schriftlich melden.

Geschäftsleute

werden besonders auf den Inseratenteil unserer Monats-
schrift aufmerksam gemacht. Bestellungen sind direkt an
untenstehende Adresse zu richten. 229/17*

Der Vorstand.
I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46, II.

Specialhaus für Kantinen- und Konsum-Lieferungen.



Herr Rauscher ist unseren Lesern schon seit Jahren von der Firma Rauscher & Fabisch
her bekannt.

Die nebenstehend im Original abgebildete Cigarro, die wir unter
dem Namen **London Docks** in den Handel bringen, zeichnet sich
aus durch gute Arbeit, zuverlässigen, weissen Brand und angenehmen,
mittelvollen Geschmack; dieselbe kostet **pro 100 Stück Mk. 3,80,**
1000 Stück Mk. 34,-. Tadellose Qualitäten zum 5-8-7 1/2 Pf. etc.-
Verkauf. — **Reichhaltige Auswahl in allen Preislagen.**
— Nach auswärts gegen Nachnahme, von **500 Stück** an portofrei
mit **3 Proz. Rabatt.** 4822L

Rauscher & Co., Berlin C. 22,

Gr. Präsidentenstrasse No. 3,
dicht am Monbijou-Platz — Hackescher Markt — Stadtbahnhof Börs.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5

Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Teppiche mit Gardenseiten
Fabrikationslage Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 137*

Vorjährlige elegante Herrenhosen
aus feinsten Stoffen 9-12 Mark.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Berandhaus Germania, Unter den
Linden 21, II. 1242R*

**Herrenanzüge, Jacketts, elegante
Knochen, geringe Zeitabnahme.**
Kursberg, Rindbergstrasse 12, 1215R*

**Weiße Herrenhose, gute Qualität,
Etad 95 Pfennig. Bessere Sachen
ebenfalls billig. Hülfsfabrik, Comptoir
Kaiserstrasse 25A, früher Barnter-
strasse 4 und 5. Sonntag ab ge-
öffnet. 1197R***

**Zwei Mark Bierleibung Damen-
hemden, Herrenhemden 3,00. Aus-
stattungen sowie elegante Reife-
mutter sportbillig. Wälschfabrik Adolf
Salomonstraße, Stadtbahn 21, Rade
Polizeipräsidium. 72/10**

**Steppdecken, sportbillig, fabric
Weinstraße 30 I. 1157/6**

**Waldkränze, blühend, für
Mitarbeiter, Brustkranz, Schwämme,
Gewichtsumhänge, bessere Gewichte,
farbe, überaus schön, 14 Kränze
3 Mark, 7 1/2 Kränze 3,50 erkläre.
Richt Hülfsfabrik, Qualität ent-
scheidet. Vorier-Kellerei Rungler,
Brennerei 119. 119/16***

**Vorjährlige elegante Herren-Anzüge
und Sommerjacketts aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Berandhaus
Germania, Unter den Linden 21, II.**

**Herrenanzüge, feine Stoffe,
welche von der Saison zurückgelassen,
fertige nach Maß von 25,00 an.
B. Pantofeln, Schneidermeister,
Alexanderstrasse 14a, I. 1221R***

**Nähmaschinen, sportbillig. Hand-
liche Alexandrinenstrasse 73. 31/7***

Kleine Anzeigen.

Teppiche! (schickhafte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Teppichlager Brunn, Godescheerstr. 4,
Bahnhof Börs. 119/5*

**Sportbillig Teppiche, Betten,
Stuhlbecken, Gardinen, Regulatoren,
Reparaturen, Leihhaus, Rander-
strasse 6. Teilzahlungen gestattet.***

**Betten, gute Gelegenheit, sofort
billig zu verkaufen. Adalbertstrasse 78,
I. rechts. 1247R**

**Fahrräder, erstklassige Fabrikate.
Wohel in allen Ausstattungen.
Nähmaschinen aller Systeme liefert
ohne Zwischenhändlergewinn die Ver-
eine Einfuhr-Gesellschaft, Ror-
strasse 19. 1232R***

**Sportbillig Uhren, Nähmaschinen,
Teppiche, Gardinen, Betten, Gold-
schmuck, Pfandleihe Alexandrinen-
strasse 73. 1200R***

**Berillene Gläser, goldene
Uhren, Ringe und andre Goldsachen,
Reiten jeder Art, sauber und schön,
werden sportbillig verkauft. Alles
Gold und Silber wird gekauft und
in Zahlung genommen in der Pfand-
leihe Prinzengasse 28, I. Ecke Ritter-
strasse. 1386R***

**Steppdecken billig fabric Große
Frankfurterstrasse 9, parterre. 137***

**Nähmaschinen, gebraucht, un-
glaublich billig Pfandleihaus Seiden-
strasse 20. 32/10**

**Grüntrange Geschäft zu verkaufen
Reichenbergerstrasse 5. 1406R**

**Schmuckgeschäft frankheitshalber
sofort veräußert Alexanderstrasse 42.**

**Was kostet denn ein Anzug für
einen Einsegnungsjungem? 6 Mark!
Na, das kann doch nicht sein.
Stimmt. Drauf ist nicht viel. 9 und
12 Mark sind besser, 15 und 18 Mark
sind gut. 24 Mark sind sehr gut und
teurer sind besser. Maßfaden in 18,
24, 30 und 36 bei Schöninger, Turm-
strasse 86 und Winterfeldstrasse 7.**

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Bohlstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Vermischte Anzeigen.

**Rechtsbureau, Teltowerstrasse 45,
Eingang, Geinige, Patentierung, Un-
benutzten annehmlich. 1188R***

**Rechtsbureau Fabrik, Andread-
strasse dreizehntzig. Rechtshilfe,
Eingangengeinige, Patentierung. 1283R***

**Unfallischen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen, Puffer, Stützger-
strasse 85. 808R***

**Röhre 1 Mark, Plomben 0,75,
Zahnziehen 0,50. Rubenminde täglich
8-12-1, 7-8 Behandlung kosten-
los. Wasserhorstrasse 58 II. 32/8**

**Fahrradkauf, Kaylax, Schö-
nhäuser Allee 163 a. 119/5***

**Metalbruch aller Art lauft
Broderstr. Doppelstrasse 16. 74***

**Rechtshilfe! Wer sich über diese
nachlässige Granitwelt unserer Zeit
unterrichtet will, verlange die Flug-
blätter des Weltbundes gegen Miss-
sicht, welche unentgeltlich versendet
werden vom Berliner Tierärzt-
verein, Königgrüderstrasse 108. Ein
gütigen Abdruck wird gebeten. 161b***

**Bereinszimmer, 40 Personen,
frei. Feinert, Neue Friedrichs-
strasse 90. 12815***

**Bereinszimmer, großes, frei.
Simeonstrasse 23, III. 1210R***

**Bereinszimmer, vier, alle Jafob-
strasse 119. 1188R***

**Bereinszimmer, Kaufeldt, Markt-
strasse 47. 1413b**

**Unpolsterung Matrize 5,00, Sofa
6,00, Koller, Neue Königstrasse 2.**

**Rechtbureau, Prozedurbeistand, Ein-
gabengeinige, Patentierung, Puff,
Brennerei 119. 1422R**

**Ausgekammte Frauenhaare lauft
Winterfeldt, Gausstrasse 121.**

**Reklamations Puffer's Ruf. Jeden
Donnerstag große Karussellpuffer.
Wälder hat Ruf, Rindbergstrasse 56.**

**Geinigen „Sängerfest“ Geldbüche
mit Inhalt. Abholten Alexander-
strasse 22, Karl Hofmann, Schö-
nhäuser. 1414b**

**Rosenhakenstrasse 57. Ein Zimmer,
passend zum Arbeiter- u. Bauhand-
bureau, und große Bereinszimmer
sind nach auf einige Tage zu vergeben.
August Jafobstr. 1413b**

Zimmer.

**Vollzimmer, gut möbliert, für
1 oder 2 Herren, vermielet Witwe
Jacobs, Rindbergstrasse 26, vorn III.
1411b**

Schlafstellen.

**Freundliche Schlafstelle für zwei
Herren. Etkordt, Neue Hofstrasse 9.
1411b**

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Invalider Buchdrucker, 41 Jahre,
welcher nur Anwaltsdienste bezieht,
sucht leichte Beschäftigung jeder Art.
Seher, Oranienstrasse 200 bei Priebusch.

**Buchdrucker-Invalide, 35, schrift-
gewandt, guter Redner, sucht Be-
schäftigung bei bestehenden An-
stalten. Walter, Fischerstrasse 12.**

**Minder Stillehender bietet um
Arbeit. Stühle werden zu den
billigsten Preisen geliehen, werden
abgeholt und unentgeltlich zurück-
geliefert. Adresse: Wladislawstr. 27,
II. Wälder.**

Stellungsangebote.

**Verfälscher sucht Goldleihenfabrik
Barthel, Wladislawstrasse 17. 1416b**

**Schildermaler verlangt Markt-
grafstrasse 13. 1420b**

**Renograph, hervorragend tüchtig,
welcher Hauptauskunft selbständig
einrichten und leiten kann, wird ge-
sucht. Offerten Expedition dieses
Blattes unter W. 3. 1406b**

Wohnungen.

**Vorderwohnung, 2 Stuben, Küche,
Korridor, 1. Oktober vermielet Rind-
berger Allee 44. 1379b**

Passage-Panoptikum.

Die wahrsagende
Wunderspinne.
Arab. Faklere, Marionetten-Theater

Wintergarten.

Wieder-Eröffnung:
Sonnabend, 16. Aug. 1902.
Maud Griselda, Hunde-Dresseuse.
Les Silvas, Portugiesische Leiter-
Equilibristen.

Jose de Witt, Amerikanische
Sängerin und Geigerin.
Die Vicentinas, Rollschuhläufer.
Rofix, athletische Produktionen.
Karl Meister, Tenorist vom k. k.
priv. Carl-Theater in Wien.
Hefene Gerard, „Hohe Schule vor
dem Dogeart“.

Sari Fedak, Sängerin vom Ungar.
Theater in Budapest.
Die Kellner-Truppe, Span. Akrobat.
Claudine Polaire, Pariser
Sängerin.

W. C. Fields, komischer Jongleur.
Cico de Merode, Tänzerin
von der grossen Oper in Paris
a. G. in der Tanzszeno „Das ver-
schleierte Bild.“

„Biograph“.
Der Vorverkauf findet
täglich an der Kasse des Winter-
gartens in der Zeit von 9 Uhr
vorm. bis 6 Uhr nachm. statt.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15.
Artistischer Leiter: Gust. Bock.

Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Jeden 1. und 15. d. Monats:
Wechselndes Programm!
Donnerstag: Elite-Tag.

Sommertheater Marienbad

Badr. 35/36, Gesundbrunnen.
Donnerstag, 14. August 1902:

Extra-Benefiz-Vorstellung

für den artist. Leiter u. Regisseur
Paul Schönherr.
Zur Ausführung gelangt das
Sensationsstück:

Der Brandstifter.

Entree 20, Ref. Pf. 30, Num. 50.